



Protokoll

6. Sitzung Gemeindeparlament vom Montag, 21. November 2022, 18:00 - 20:30 Uhr
Aula Reitmen, Badenerstrasse 82, Schlieren

Vorsitz Marc Folini, Präsident

Protokoll Selina Brücker, Sekretärin

Anwesend 36

Entschuldigt keine

Gäste keine

Protokoll

Das Protokoll der 5. Sitzung des Gemeindeparlaments vom 24. Oktober 2022 ist derzeit noch nicht vorliegend. Die Genehmigung findet an der kommenden Parlamentssitzung vom 12. Dezember 2022 statt.

Rücktritt aus dem Gemeindeparlament

Der Bezirksrat hat mit Beschluss vom 27. Oktober 2022 Lukas Speck auf sein Gesuch hin auf den Zeitpunkt der Rechtskraft des Entscheids des Stadtrats Schlieren aus dem Gemeindeparlament entlassen. Lukas Speck wird für seinen Einsatz zum Wohl der Stadt Schlieren und ihrer Bevölkerung bestens gedankt. Die offizielle Verabschiedung findet anlässlich des nächsten Parlamentsausflugs statt.

Der Bezirksrat hat mit Beschluss vom 27. Oktober 2022 Kushtrim Aziri auf sein Gesuch hin auf den Zeitpunkt der Rechtskraft des Entscheids des Stadtrats Schlieren aus dem Gemeindeparlament entlassen. Kushtrim Aziri wird für seinen Einsatz zum Wohl der Stadt Schlieren und ihrer Bevölkerung bestens gedankt. Die offizielle Verabschiedung findet anlässlich des nächsten Parlamentsausflugs statt.

Rücktritt aus dem Büro des Gemeindeparlaments

Am 28. Oktober 2022 gab Markus Weiersmüller seinen Rücktritt als Stimmzähler und Mitglied des Büro GP bekannt. Er bleibt dem Gemeindeparlament als Mitglied der FDP weiterhin erhalten. Markus Weiersmüller wird für seinen Einsatz im Büro GP bestens gedankt.

Eintritt in das Gemeindeparlament

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 2. November 2022 Erol Sabotic per 12. November 2022 als Ersatz für Diarta Aziri gewählt erklärt. Wir wünschen ihm viel Freude und Erfolg in seinem Amt.

Eingang Kleine Anfrage

Dominic Schläpfer hat am 19. Oktober 2022 eine Kleine Anfrage betreffend "Hundesteuer" eingereicht.

Beantwortung Kleine Anfrage

Die Kleine Anfrage von Denise Küng betreffend "Allfälliger Wasserverlust im Leitungsnetz der Stadt Schlieren" wurde vom Stadtrat am 2. November 2022 beantwortet.

Gemeindeparlament Schlieren

Marc Folini
Präsident

Selina Brücker
Sekretärin

**Wahlen Gemeindeparlament 2022-2026
Ersatzwahl Stimmzählerin/Stimmzähler und Mitglied des
Büros Gemeindeparlament**

Das Parlamentsmitglied Markus Weiersmüller, FDP, hat mit E-Mail vom 28. Oktober 2022 aus beruflichen und privaten Gründen per sofort seinen Rücktritt als Stimmzähler und somit auch als Mitglied des Büros Gemeindeparlament eingereicht. Deshalb ist ein neuer Stimmzähler bzw. eine neue Stimmzählerin ab sofort für den Rest der Amtsdauer 2022–2026 zu wählen.

John Daniels, Präsident der Interfraktionellen Konferenz, unterbreitet dem Parlament folgenden Wahlvorschlag:

Sasa Stajic, FDP, geb. 10. November 1973, Brandstrasse 41, 8952 Schlieren.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Das Gemeindeparlament beschliesst stillschweigend:

1. Für den Rest der Amtsdauer 2022–2026 wird Sasa Stajic, FDP, als Stimmzähler und somit Mitglied des Büros Gemeindeparlament gewählt.

Für die aus dem Gemeindeparlament und somit auch aus der RPK zurücktretende Diarta Aziri, SP, ist ein neues Mitglied der RPK ab 5. Dezember 2022 für den Rest der Amtsdauer 2022–2026 zu wählen.

John Daniels, Präsident der Interfraktionellen Konferenz, unterbreitet dem Parlament folgenden Wahlvorschlag:

Thierry Lustenberger, SP, geb. 30. September 1987, Uitikonerstrasse 29, 8952 Schlieren.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Das Gemeindeparlament beschliesst stillschweigend:

1. Für den Rest der Amtsdauer 2022–2026 wird Thierry Lustenberger, SP, als Mitglied der RPK gewählt.

Gemeindeparlamentspräsident Marc Folini erklärt, dass die Fragestunde auf 60 Minuten beschränkt ist. Als erstes werden die eingereichten ersten Fragen behandelt. Diese sind nicht nach Eingang sortiert, sondern aufgrund des Schutzkonzepts nach Ressort. Danach folgen die zweiten Fragen nach Eingang. Kurze Zusatzfragen sind erlaubt, eine Diskussion findet hingegen nicht statt.

Frage von Dominic Schläpfer: Gas- und Ölverbrauch

Limeco: Welcher jährliche, durchschnittliche Prozentsatz des gesamten verbrannten Materials entfällt auf Gas bzw. Öl, das für den optimalen Verbrennungsprozess zugegeben werden muss? Alternativ gerne auch in absoluten Zahlen.

Antwort von Beat Kilchenmann, Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen

Dieselbe Frage wurde auch von Filippo Fiore gestellt. Die Antwort geht also entsprechend auch an ihn. Die eigentliche Frage kann relativ schnell beantwortet werden, die Antwort lautet nämlich null. Generell muss Limeco keine Primärenergieträger (weder biogen noch fossil) dem Abfall-Verbrennungsprozess zugeben. Der "normale" Abfall verfügt über einen solch hohen Brennwert (ähnlich Holz), dass er ganz von alleine brennt. Für die Fernwärme jedoch muss Spitzenlastwärme (Spitzenlast) erzeugt werden. Spitzenlast ist derjenige Teil des Fernwärmebedarfs des Netzes, welcher durch die KVA (Grundlast) nicht geleistet werden kann, zum Beispiel an sehr kalten Wintertagen. Diese Spitzenlast wird heute üblicherweise mit den thermischen Wärmeerzeugungsanlagen (Kessel mit Zweistoffbrenner) hergestellt, welche mit fossilem oder biogenem Gas oder zur Not, wie in der sich aktuell abzeichnenden Mangellage, mit Heizöl betrieben werden können. Im Jahr 2021 wurden 95'089 Tonnen Abfall thermisch verwertet, dies ergab einen Wärmeabsatz von 92'024 MWh. Um in der Winterzeit die Spitzenlast zu decken, mussten mit der oben erwähnten Wärmeerzeugungsanlage (Mittels Gas und Öl) rund 3'101 MWh erzeugt werden. Der fossile Energie-Anteil zum Gesamtabsatz entspricht dadurch 3.37 %. Werden die Jahre 2020 und 2019 auch berücksichtigt, reduziert sich der fossile Energie Anteil (Jahresdurchschnitt über 3 Jahre) auf 1.66 %. Das ist ein kleiner Anteil.

Frage von Walter Jucker: Stadtpark-Teich

Gemäss Budget 2023 (730.31) wird im Stadtpark der Teich entleert, um vom Schlamm befreit zu werden. Zurzeit ist der Teich leer. Welche Massnahmen wurden getroffen, dass die dort lebenden Tiere wohlbehalten weiterleben können?

Antwort von Beat Kilchenmann, Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen

Die im Budget 2022 enthaltenen Arbeiten wurden mit einem Fischaufseher geplant, koordiniert und durchgeführt. Der Teich wurde durch den Aufseher abgefischt. Ein Teil der Fische wurde durch den Aufseher wieder ausgesetzt. Die kranken und invasiven Fische wurden aussortiert. Die ebenfalls nicht heimische Schildkröte wurde einem Tierarzt übergeben.

Frage von Thierry Lustenberger: Energiestadt Label Gold

Schlieren hat das Energiestadt Label Gold (> 75 % der Punkte) aktuell mit 75.2 % nur sehr knapp erreicht. Auf welche Massnahmen setzt der Stadtrat 2023 und darüber hinaus, um eine zukunftsfähige Energiepolitik sicherzustellen?

Antwort von Beat Kilchenmann, Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen

In der Schweiz gibt es 464 Energiestädte, lediglich 75 davon (16 %) dürfen sich Energiestadt Gold nennen (Stand Februar 2022). Die Stadt ist weiterhin sehr aktiv und erarbeitet zurzeit eine Netto-Null-Strategie, überarbeitet den Energieplan und die Gasstrategie. Kürzlich wurde das Innovations- und Jungunternehmerzentrum IJZ an der Rütistrasse 12-18 an die Fernwärme angeschlossen. Des Weiteren konnte im September 2022 beim Stadthaus die E-Ladestation (mit PV-Anlage) eingeweiht werden, eine weitere Ladestation ist beim IJZ geplant. Weitere PV-Anlagen sind auf dem Dach vom

Werkhof, Hofacker und IJZ geplant. Aktuell läuft noch eine Machbarkeitsstudie bzgl. Nahwärmeverbund rund um das Schulhaus Zelgli. Um die Energiewende weiter voranzutreiben wurden diverse Arbeitsgruppen gebildet (1. Strategien und Energieplan, 2. PVA und Elektromobilität, 3. Fern- und Erwärme, 4. Kommunikation, Energieberatung, Events) welche sich mit den Themen befassen: Netto-Null, Energieplan, Gasstrategie, PVA, Elektromobilität, Zusammenarbeit Energieberatung, Fernwärme, Kommunikation, Events. Die letzten Events Energie-Infoabend oder Energie-Infokafi/Znüni wurden mit Partnern erfolgreich durchgeführt. Neu werden durch die Stadt auch Initialberatungen, unterstützt durch externe Energieberater, angeboten. Ziel dieser Beratung soll sein, dass der Kunde nach 30 Min. weiss, wo er sich mit seinem Thema gezielt melden muss, um weitere Informationen zu erhalten. Des Weiteren wird, gezielt auf das Vorhaben (bspw. Heizungsersatz), auf die möglichen Fördergelder hingewiesen. Bis 2027 möchte die Stadt sämtliche fossile Heizungen in städtischen Gebäuden ersetzen, wie dem Finanzplan 2022–2026 entnommen werden kann.

Frage von Manuel Kampus: Haifisch-Abfallkübel auf dem Spielplatz Schärerwiese

Bei der letzten Fragestunde wurde in Aussicht gestellt, dass ein mobiler Haifisch-Abfallkübel auf dem Spielplatz Schärerwiese stationiert wird. Wie lange wurde dieser dort stationiert, hat sich dieser bewährt und besteht der Bedarf für einen fixen Abfallhai?

Antwort von Beat Kilchenmann, Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen

Die Abfallsituation auf der Schärerwiese wurde in der Vergangenheit stetig beobachtet und es wurde festgestellt, dass der bereits vorhandene Abfallkübel nie voll war. Hinzu kommt, dass der Spielplatz mit seiner Grösse eine "überschaubare" Gehdistanz zum vorhandenen Abfallhai hat. Aus diesem Grund sah man keine Notwendigkeit, einen weiteren mobilen Abfallkübel zu Testzwecken hinzustellen. Denn es ist auch zu beachten, dass jeder zusätzliche Abfallhai eine Investition und Folgekosten mit sich bringt.

Frage von Denise Küng: Weihnachtsbeleuchtung

Während Städte wie Zürich oder Dietikon ihre Weihnachtsbeleuchtung dahingehend einschränken, dass sie um 22:00 Uhr ausgeschaltet wird, hat Schlieren entschieden, gänzlich auf eine Weihnachtsbeleuchtung zu verzichten. Gerade ältere Leute, welche sich in der dunklen Jahreszeit über ein bisschen (energieeffizientes LED-)Licht gefreut hätten, finden das schade. Warum hat Schlieren entschieden, das Stromspar-Gebot rigoros umzusetzen als die Nachbargemeinden, und könnte allenfalls nochmal auf den Entscheid zurückgekommen werden?

Antwort von Beat Kilchenmann, Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen

Der Stadtrat hat diesen Entscheid nicht leichtfertig gefällt. Dank dem überaus milden Oktober mit Temperaturen bis zu 25 Grad gegen Ende des Monats, steht heute bereits fest, dass es wohl bis sicherlich an Weihnachten genügend Gas und Strom haben wird. Aber, die Anzahl an Regentagen 2022 ist weiterhin viel zu tief und wie sich internationale Konflikte entwickeln, ist ebenfalls unklar. Sollten der Dezember und Januar geprägt von kalten Temperaturen sein, vermag heute noch niemand zu sagen, ob im Februar oder März ausreichend Gas und Strom vorhanden sein werden. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass der Verzicht auf die Weihnachtsbeleuchtung bei vielen Menschen nicht gut ankommt und unbestritten etwas fehlen wird, wenn man die Strasse entlanggeht. Sollte es im Februar oder März aber zu einer Mangellage kommen, könnte der Stadtrat nicht verantworten, wenige Wochen zuvor Strom für dekorative Beleuchtung eingesetzt zu haben. Aus diesem Grund verzichtet der Stadtrat dieses Jahr auf die Weihnachtsbeleuchtung und es wäre verfrüht, diesen Entscheid jetzt wieder aufzuheben. Der Entscheid wird zudem auch von den Detaillistenvereinigungen pro Schlieren und Lilie Shoppingpoint getragen, welche ihren Mitgliedern dieselbe Empfehlung ausgesprochen haben.

Frage von Erol Sabotic: Spezielle Schwimmzeiten für Frauen

Spezielle Schwimmzeiten für Frauen entsprechen einem Bedürfnis und gehören zum Angebot einer modernen Sportstadt. Die Stadt Zürich hat dieses Angebot in den Schulschwimmanlagen Aemtlar, Kugeliloo und Riedtli eingeführt. Kann sich der Stadtrat vorstellen, im Schwimmbad Moos auch Zeiten einzuführen, in denen nur Frauen zugelassen werden (z. B. an einem Morgen zwischen 09:00–11:00 Uhr)? Falls nicht, weshalb nicht?

Antwort von Beat Kilchenmann, Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen

Die Stadt Zürich verfügt über viele öffentliche Bäder und diverse Schwimmanlagen. Die Stadt Schlieren verfügt mit dem Bio- und Gartenbad Im Moos nur eine einzige Anlage im Saisonbetrieb. Dieses für einen Teil der Bevölkerung einzuschränken ist in den Augen des Stadtrats nicht sinnvoll und birgt die Gefahr der Diskriminierung. Zudem könnten so auch andere Nutzergruppen ihre Bedürfnisse für spezielle Schwimmzeiten anmelden. Eine Verkürzung der Öffnungszeiten würde zudem zu Lasten aller Nutzenden gehen.

Frage von Yvonne Brändle-Amolo: Rückbau des Gasnetzes

Wir sollten mittelfristig Alternativen zur Gas- und Ölversorgung finden, wenn wir den CO₂-Ausstoß reduzieren wollen. Was ist im Hinblick auf den Rückbau des Gasnetzes geplant? Ist überhaupt etwas geplant?

Antwort von Beat Kilchenmann, Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen

Der Stadtrat befindet sich in diversen Strategieprozessen zu den Themen Netto-Null-Strategie, Folgen des Klimawandels, Überarbeitung Energieplan und dergleichen. Dabei wird auch die Zukunft der Gasversorgung genau geprüft. Der Stadtrat wird öffentlich informieren, sobald etwas entschieden wurde. Dies wird jedoch noch Zeit in Anspruch nehmen, da die vielen verschiedenen Prozesse parallel bearbeitet werden, um sie eng aufeinander abzustimmen. Ein genaues Datum kann hier nicht genannt werden, der Stadtrat ist aber intensiv damit beschäftigt.

Frage von Laura Zangger: Plastikrecycling

Anfang 2022 sollte im Limmattal das Plastikrecycling anlaufen, unter anderem auch in Schlieren. Weshalb wurde das Plastikrecycling bis heute nicht eingeführt? Wann wird es eingeführt?

Antwort von Beat Kilchenmann, Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen

Diese interessante Frage wurde auch von John Daniels gestellt, welcher die Anfrage wieder zurückzog, nachdem die Doppelspurigkeit erkannt wurde.

Der Bezirk Dietikon mit seinen Verbandsgemeinden der Limeco hat zusammen mit dem Bezirk Affoltern die Kunststoffabfallsammlung öffentlich ausgeschrieben. Diese hätte Anfang 2022 eingeführt werden sollen. Gegen den Vergabeentscheid, der aufgrund der Ausschreibung getroffen wurde, wurde beim Bezirksrat Affoltern Einsprache erhoben. Dieser wurde stattgeben. Dagegen setzte sich die beim Bezirksrat unterlegene Partei zur Wehr. Der Vergabeentscheid ist momentan beim Bundesverwaltungsgericht hängig. Ein Einführungstermin steht nicht fest. Somit ist ein weiteres Vorgehen leider blockiert.

Frage von Dominik Ritzmann: Biodiversitätsverlust

Was wurde in den vergangenen fünf Jahren gegen den massiven Biodiversitätsverlust unternommen und welche konkreten Projekte stehen an?

Antwort von Stefano Kunz, Ressortvorsteher Bau und Planung

Die Frage ist möglicherweise nicht in drei Minuten zu beantworten. Den Stadtrat würde es zuerst interessieren, wie der Fragesteller zu seiner Aussage kommt, dass die Biodiversität massiv abgenommen hat, damit der Stadtrat diese Zahlen bei der Planung berücksichtigen kann. Die Anzahl an bisherigen Massnahmen ist lang und das Thema wird natürlich auch in Zukunft intensiv beschäftigen. Wo Grünflächen durch Bauten verloren gingen, hat der Stadtrat im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten darauf hingewirkt, dass die restliche Grünfläche von höherer Qualität ist, als dies bis anhin der Fall war. Zudem können folgende planerischen Massnahmen erwähnt werden: Die ökologische Ausgleichsfläche Färberhüslü wurde zusammen mit der LTB realisiert. Im Rahmen der Gestaltungspläne wurde auf eine möglichst nachhaltige Umgebungsgestaltung mit einheimischen und standortgerechten Pflanzen geachtet. Bei der Gestaltung des Projekts Güter-/Bahnhofstrasse wurde bewusst auch Bepflanzung (Unterhaltsaspekte und Biodiversität, Versickerung etc.) mitgedacht und somit der Biodiversität Rechnung getragen. Zudem wird mit dem Verein Schwalbe zusammengearbeitet und dessen Öko-Projekte werden fallweise und auf Anfrage unterstützt.

Durch die WVA erfolgen folgende "Eigenleistungen":

- Bienenhotels 5 Stk. Standorte: Unterrohr Wildhecke bei Spielplatz, Unterhalb Gasometerbrücke, Lempschür auf Wiese, Friedhof auf Wiese bei Reihengräber, WVA bei Retentionsbecken
- Die Wiese vis à vis Stadtplatz wurde erstellt.
- Freihaltezone wurden mit dem Bau der Limmattalbahn (LTB) Magerwiesen erstellt und Wildhecken gepflanzt.
- Entlang der LTB wurden Grünstreifen erstellt mit Bäumen und Wiesen
- Neugestaltung Stationstrasse, 13 neue Bäume gepflanzt mit Staudenrabatten.
- Es werden mehr Flächen als Wiese gepflegt anstatt Rasen. Das heisst 1-2 Schnitte pro Jahr anstatt jede 2-3 Woche. Mehr Arten in Wiesen und mehr Unterschlupf für Tiere. Zum Beispiel vor dem Stadthaus, angrenzend an die Brunngasse.
- Staudenrabatten werden erst im Spätwinter geschnitten, somit dienen Samenstände noch als Futter und Unterschlupf für Tiere.
- Brunnenwasser im Sommer laufen lassen als Trinkgelegenheit für Vögel und Insekten.
- etc.

Das sind konkreten Massnahmen, welche so beantwortet werden können.

Frage von Sarah Impusino: Brunnen Pischte 52

In der Bevölkerung geht das Gerücht umher, dass der Brunnen auf der Pischte 52 Fr. 70'000.00 gekostet hätte. Wie teuer war er inklusive der Leitungen wirklich?

Antwort von Stefano Kunz, Ressortvorsteher Bau und Planung

Mit solchen Fragen können Missverständnisse und Gerüchte korrigiert werden. Im 2021 wurden auf der Pischte 52 vier bauliche Massnahmen getroffen. Drei Fahnenstangen, eine Halterung für einen Weihnachtsbaum, Bänkli und einen Trinkbrunnen wurden installiert. Alles zusammen hat Fr. 33'199.10 gekostet. Der Brunnen hat inkl. Leitungen Fr. 9'750.15 gekostet.

Frage von Daniel Tännler: Pischte 52 – Mittelstreifen als Stolperfalle

An der Chilbi gab es Momente, da gab es zwischen den Schiessbuden, Ständen und Bahnen fast kein Durchkommen mehr und man stand still. Bei einer Panik wäre dies sehr gefährlich geworden, da keine Fluchtmöglichkeiten bestanden. Ein Grund dafür, man stellte die Bahnen und Stände dort auf, wo der aufgepflasterte Mittelstreifen nicht vorhanden ist, um dieser Stolperfalle auszuweichen. Genau wegen dieser Stolperfalle konnte eine bessere Verteilung auf der Pischte 52 nicht realisiert werden, was zu dieser beschriebenen Situation führen könnte. Ist es nicht möglich, den aufgepflasterten Mittelstreifen zu entfernen? Dies würde mehr Raum und Sicherheit für weitere Events wie das Schlierefäscht geben.

Antwort von Stefano Kunz, Ressortvorsteher Bau und Planung

Selbstverständlich ist es technisch möglich, den Mittelstreifen zu entfernen. Bei einem Kostenaspekt von rund Fr. 30'000.00 aktiv zu werden, wenn die zukünftige, definitive Nutzung und Gestaltung mittels Wettbewerb noch zu ermitteln ist, scheint dem Stadtrat nicht sinnvoll. Der Stadtrat hat auch festgestellt, dass manchmal ein abgrenzendes bauliches Element auch sinnvoll einsetzbar ist. Der Entscheid für den Verzicht auf einen Rückbau erfolgte in Abstimmung mit dem OK Schlierefäscht. Der Stadtrat ist der Meinung, dass es unwahrscheinlich ist, dass auf einem Gelände, das auf alle Seiten mehr oder weniger offen ist, eine Massenpanik entsteht. Die Bahnen und Stände an der Chilbi 2022 standen nicht so dicht, dass kein Durchkommen dazwischen war. Der Stillstand entstand aufgrund dessen, dass viele Menschen zeitgleich an denselben Stand oder zur selben Bahn wollten. Am Schluss ist es eine Frage des Abwägens. Der Stadtrat ist derzeit der Meinung, dass es keinen Sinn macht, Fr. 30'000.00 auszugeben.

Frage von Daniel Laubi: Schrebergarten Ersatzangebot auf Färberhüsli Areal

Durch die Revitalisierung der Limmat auf dem Schrebergarten-Areal im Betschenrohr verschwinden ungefähr die Hälfte der Gärten. Die Stadt besitzt Land auf dem Areal Färberhüsli. Ist der Stadtrat bereit, diesen alternativen Standort zu prüfen und dort für die Schrebergärtner, die ihren Garten verlieren, ein Ersatzangebot zu machen? Eventuell auch befristet, damit das Areal später anderweitig genutzt werden kann, falls Bedarf besteht.

Antwort von Stefano Kunz, Ressortvorsteher Bau und Planung

Das Grundstück Färberhüsli ist im Besitz der Stadt und ist 21'925 m² gross. Es liegt in der Zone für öffentliche Bauten. Davon wurde mit dem Bau der Limmattalbahn eine Ökoausgleichsfläche von 1'732 m² gewährt. Die Parzelle ist mit Fr. 200.00/m² und total 4.385 Mio. Franken als Grundstück im Finanzvermögen bilanziert. Die Parzelle ist die letzte bebaubare Landreserve der Stadt.

Eine Nutzung für ein Familiengartenareal würde eine Zonenänderung bedingen, was eine Abwertung der Parzelle und damit eine Erhöhung der Nettoschuld zur Folge hätte. In diesem Gebiet wurde vor rund 10 Jahren ein Familiengartenareal aufgelöst, weil dieses u. a. nicht zonenkonform war. Auch eine befristete Nutzung wäre nicht befriedigend. Nach der Teilauflösung im Betschenrohr verfügt die Stadt weiterhin über rund 180 Familiengärten, mögliche Umplatzierungen finden bereits statt. Der Stadtrat macht was er kann, aber das Färberhüsli eher nicht.

Frage von Boris Steffen: Elektronische Signatur für Dokumente

Ein Hauptpunkt der eGovernment-Strategie des Bundes ist «digital first». Das Gemeindeparlament Schlieren profitiert davon schon länger und muss für die Aktenauflage nicht mehr ins Stadthaus, sondern kann dies via Extranet erledigen. An dieser Stelle vielen Dank dafür. Es stört jedoch, dass der digitalisierte Prozess wegen einer Unterschrift unterbrochen wird. Die SRB werden unterschrieben publiziert und müssen dazu ausgedruckt, unterzeichnet, eingescannt und wieder abgelegt werden. Neben dem unsinnigen Mehraufwand und Zeitverlust verliert man technisch auch die 100 % Volltextsuche wegen diesem Medienbruch. Wann gedenkt der Stadtrat diesen Medienbruch mittels einer qualifizierten elektronischen Signatur, welche auch bei anderen Anwendungsfällen eingesetzt werden kann, zu beheben?

Antwort von Manuela Stiefel, Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften

Schlieren ist Aktionär bei eOperations Schweiz AG. Die Gesellschaft plant im 2023 eine Ausschreibung im Bereich der qualifizierten elektronischen Unterschriften und Siegel durchzuführen. Schlieren wird innerhalb der Beschaffungsgemeinschaft bei der Vorbereitung der Submission eine aktive Rolle einnehmen und nach Abschluss der Submission auch bezugsberechtigt für alle geplanten Lose sein. Der Entscheid, welche Lose in welchem Umfang Schlieren beschaffen wird, ist noch nicht geklärt. Demnach kommt eine Änderung.

Bis dahin wird der Medienbruch in Bezug auf die Unterschrift und dem Scannen bestehen bleiben. Den Hinweis auf die Volltextsuche ist nicht nachvollziehbar. Die Beschlüsse werden über OCR (Texterkennung) gescannt und abgelegt. Diese Einstellung ist default (standardmässig) vorgesehen. Wird ein fehlerhaftes Dokument gemeldet, kann dieser Fehler behoben werden. Auch Beilagen sollten mit OCR eingescannt werden. Falls dies nicht der Fall ist, einfach kurz melden. Grundsätzlich sollte es mit der OCR-Scan gehen. Es wird von Menschen eingescannt, Fehler können passieren.

Frage von John Daniels: Hort Hofackerschulhaus: Sicherheit auf der Aussentreppe und Terrasse

Der neue Hort auf dem Gelände des Schulhauses Hofacker ist bis auf die Abgrenzungszäune fertig. Wie steht es mit der Sicherheit auf der Aussentreppe und auf der Terrasse, denn es sieht so aus, als ob jedermann/jedefrau zu jeder Zeit da hinaufsteigen könnten?

Antwort von Manuela Stiefel, Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften

Seit rund 5 Tagen ist die Umzäunung fertig gestellt. Alles gemäss Baubewilligung. Als erste Barriere gilt der 90 cm hohe Zaun, welcher von der Denkmalpflege bewilligt wurde. Dazu gehört ein 90 cm hohes Tor, welches am Abend und ausserhalb der Schulzeiten abgeschlossen ist. Dazu wird in den

nächsten Tagen noch eine Warntafel, für die Konsequenzen beim Übersteigen dieses Zaunes, montiert. Zusätzlich ist eine Kette montiert die nochmals mit einer Verbotstafel versehen ist. Jegliche weitere Einzäunung ist von der Denkmalpflege nicht toleriert. Der Bereich Liegenschaften wird die Situation laufend überprüfen und falls nötig, allfällige weitere Massnahmen ergreifen. Der Bereich Liegenschaften wissen, dass dies ein attraktiver Ort ist, um zu verweilen. Mit den derzeitigen Massnahmen kann keine Fahrlässigkeit mehr vorgeworfen werden. Der Bereich Liegenschaften hat getan, was sie konnten.

Frage von Hanna Locher: Ausbau von Ladestationen für Elektrofahrzeuge

Die Zahl der zugelassenen Elektrofahrzeuge nimmt stetig zu. Welche weiteren Schritte sind infolgedessen für den Ausbau von weiteren Ladestationen bei öffentlichen Einrichtungen in Schlieren geplant?

Antwort von Manuela Stiefel, Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften

In den Sommermonaten 2022 wurden beim Stadthaus die ersten städtischen E-Ladestationen in Betrieb genommen. Weitere E-Ladestationen folgen im Sommer 2023 im städtischen Innovations- und Jungunternehmerzentrum Rütistrasse 12–18. In der Investitionsplanung 2022–2026 sind folgende rund 10 städtische E-Ladestationen geplant:

2024: PP bei der Schulanlage Zelgli

2025: PP bei der Schulanlage Hofacker

2026: PP bei der Schulanlage Grabenstrasse

Geplant ist, dass auf weiteren städtischen Parkplätzen z. B. Gemeindeplatz, Talacker, Hofuren mit einem Partner (Stadt stellt nur das Grundstück zur Verfügung) weitere rund 10 E-Ladestationen ab 2024 bis 2026 erstellt werden. Von Seiten der Stadt können die E-Autos kommen.

Frage von Caterina Autiero: Bettler beim Bahnhof

Seit geraumer Zeit sind vermehrt rund um den Bahnhof, vor der Post und im Zentrum Bettler anzutreffen. Hat die Polizei die Kapazität mehr Kontrollen durchzuführen?

Antwort von Pascal Leuchtmann, Ressortvorsteher Sicherheit und Gesundheit

Zuerst muss ausgeführt werden, was in diesem Bereich aktuell alles läuft. Es gibt auch in Schlieren Menschen, die von echter Armut betroffen sind. Wenn eine solche Person jemand um Geld oder sonst was anbettelt, dann ist das nicht verboten. Es gibt aber auch organisierte Bettlerbanden, die Armut oder Obdachlosigkeit vortäuschen. Die zweite Bettelart ist per Gesetz zurecht verboten. Es ist der Polizei bekannt, dass in der Zeit ab Oktober bis über die Festtage hinaus die Zahl der Bettelnden an Bahnhöfen und anderen stark begangenen Orten in der ganzen Schweiz deutlich zunimmt. Darum kontrolliert die Stadtpolizei am Bahnhof und Umgebung während dieser Zeit mehrmals täglich. Zusätzlich machen auch die Kantonspolizei und die Transportpolizei sporadische Kontrollen. Die Stadtpolizei hat bei diesen Kontrollen bisher ausschliesslich Bettelnde der zweiten Sorte festgestellt, also Leute von organisierten, verbotenen Bettlerbanden. Wegen unserer hohen Kontrolldichte sind in den vergangenen sechs Wochen, bis am 16. November 2022, insgesamt 22 Bettler verzeigt und für 24 Stunden weggewiesen worden. Das ist das, was im Einzelfall getan werden kann. Und jetzt zurück zur Frage: Nein, noch mehr Kontrollen am Bahnhof kann die Stadtpolizei nicht durchführen. Sie würden zu Lasten von anderen Polizei-Aufgaben gehen.

Frage von Markus Weiersmüller: Bussenertrag 2022

Auf welchen Betrag beläuft sich das Total der verrechneten Verkehrsbussen der Stadtpolizei für das Jahr 2022 (falls aufgelaufene Erträge nicht bekannt sind, bitte die Zahlen für das Jahr 2021 angeben) und wie lässt sich dieser Bussenbetrag in folgende Kategorien unterteilen?

- gesamter Bussenbetrag infolge Messung von Geschwindigkeitsüberschreitungen mit dem semistationären Messgerät der Stadt Schlieren
 - gesamter Bussenbetrag infolge anderweitiger Geschwindigkeitsmessungen (z. B. durch mobiles Laser-Messgerät)
-

- Total aller Parkbussen, welche durch die Stadtpolizei selber ausgestellt wurden
- Total aller Parkbussen, welche nicht durch die Stadtpolizei selber, sondern durch Beauftragte (z. B. Outsec) ausgestellt wurden
- anderweitige Verkehrsbussen (d. h. Total der Bussen ohne Geschwindigkeits- sowie Parkbussen)

Falls bekannt oder einfach zu eruieren: Wie viele Bussen wurden 2022 (alternativ 2021) an Elektroroller- bzw. Elektroscooter-Fahrer ausgestellt?

Antwort von Pascal Leuchtmann, Ressortvorsteher Sicherheit und Gesundheit

Der Fragesteller fragt nach ziemlich vielen Zahlen. Es braucht jetzt viel Konzentration, damit es im Kopf kein Durcheinander gibt. Der Ressortvorstand nennt nun einerseits die Anzahl der Bussen- und andererseits die dazugehörigen Geldbeträge. Als Ingenieur benutzt der Ressortvorstand bei grossen Geldbeträgen die Einheit kiloFranken. 1 kFr sind 1'000 Fr. Und jetzt die konkreten Zahlen:

Total hatten wir im 2021 514.7 kFr Bussen in Rechnung gestellt. 2022, mit Stichtag 16. November, ist die Summe 512 kFr., also je eine gute halbe Million Fr. Knapp die Hälfte dieser Bussen sind wegen zu schnellem Fahren. Die Stadt hat ein semistationäres und ein mobiles Messgerät. Die draus kumulierten Bussensummen im Jahr 2021 sind 236 kFr, im Jahr 2022, mit Stichtag 16. November, 218 kFr. Im Gegensatz zum Betrag kann die Bussenanzahl zwischen den beiden Messgeräten unterschieden werden. Im Jahr 2021 sind vom semistationären Messgerät 3'725 Bussen und vom mobilen Messgerät 397 Bussen gekommen. Im Jahr 2022, gleicher Stichtag wie zuvor, sind es vom semistationären Messgerät 2'946 Bussen und vom mobilen Messgerät 779 Bussen. In den Zahlen nicht enthalten sind sämtliche Übertretungen, welche ans Statthalteramt oder an die Staatsanwaltschaft überwiesen wurden. Jetzt zur Anzahl Parkbussen: im Jahr 2021 sind das 2'872 durch die Stadtpolizei und 3'727 von der Outsec. Im Jahr 2022, gleicher Stichtag, 2'747 durch die Stadtpolizei und 3'143 durch die Outsec. Betragsmässig kann die Stadtpolizei und die Outsec nicht separat angegeben werden. Die Summen von allen Nicht-Geschwindigkeitsbussen beträgt im Jahr 2021 305 kFr und im Jahr 2022 294 kFr. Jetzt noch zu den Elektroroller- und Elektroscooter-Fahrzeugen. Da ist die Statistik schwierig, weil es für diese Verkehrsteilnehmer keine eigene Bussennummer gibt. Zusammen mit Velo- und Mofa-Vergehen waren es bis Mitte November 52 Ordnungsbussen, letztes Jahr 11. Die Zunahme ist aber nicht spezifisch auf Trendfahrzeuge zurückzuführen. Der eindeutig grössere Teil betrifft Trottoirbefahrende mit dem Velo. Nachfolgend eine von Hand mühsam zusammengeklautete Statistik über die letzten sechs Wochen: Zwischen dem 6. Oktober und dem 16. November sind 53 Trendfahrzeuge kontrolliert worden, also fast 10 pro Woche. Resultat: 5 Verzeigungen, 2 Schülerrapporte und eine Fahrzeug-Sicherstellung. Es passiert also einiges. Die Stadtpolizei ist auch in diesem Bereich fleissig.

Frage von Michael Koger: Wie bereitet sich die Stadt auf die Flüchtlingswelle vor

Wir können heute davon ausgehen, dass eine der grössten Flüchtlingswellen seit dem 2. Weltkrieg auf uns zukommt. Wie konkret bereitet sich die Stadt Schlieren darauf vor und was muss noch getan werden, um all diese Menschen würdig aufnehmen zu können?

Antwort von Songül Viridén, Ressortvorsteherin Alter und Soziales

Bereits im März 2022 ist eine "Koordinationsgruppe Ukraine" gegründet worden mit Vertretern aus verschiedenen Abteilungen, wie Alter und Pflege, Gesellschaft, Liegenschaften sowie dem Bereich Schule. Geleitet wird sie von der Abteilung Soziales und man trifft sich mindestens alle zwei Wochen, um gut und schnell auf die wechselnden Situationen reagieren zu können.

Im April 2022 ist die Zuweisungsquote in die Gemeinden von 0,5 auf 0,9 erhöht worden. Aktuell werden etwas mehr als 120 Flüchtlinge aus der Ukraine und rund 100 Flüchtlinge aus anderen Ländern in Schlieren von der AOZ betreut. Ende 2021 waren es noch 94. Ebenso konnte die Schule Schlieren bisher 31 Kinder aus der Ukraine einschulen.

Bisher profitierte und profitiert die Stadt von den vielen hilfsbereiten Schliereamerinnen und Schliereamern, welche Flüchtlinge aus der Ukraine als Gastfamilie aufgenommen haben. Das war eine grosse Unterstützung. Mit Hilfe der Bereiche Liegenschaften sowie Alter und Pflege konnte bisher

allen Flüchtlingen eine Unterkunft bereitgestellt werden. Seit April 2022 konnte die Abteilung Soziales neben der ehemaligen Pfliegewohnung Giardino bis heute 18 Mietwohnungen anmieten. Die Situation ist sehr angespannt und von Seiten Bund wird von einer weiteren Steigerung ausgegangen. Vor rund 3 Wochen hat der Bund darüber informiert, dass er vorzeitig aus den Bundesasylzentren jeweils 500 Asylsuchende pro Kanton in diese entlässt. Der Kanton Zürich hat es bisher unterlassen, die Quote zu erhöhen. Wie lange er das noch halten kann, ist nicht klar. In Schlieren, mit kaum vorhandenem Leerstand an Wohnungen, muss man sehr kreativ auf der Wohnungssuche sein. Daher gibt es inzwischen eine zweite Arbeitsgruppe, die auch schon aktiv ist. Sie widmet sich - mit dem Blick auf eine sehr wahrscheinliche, grössere Flüchtlingswelle - ausschliesslich der Raumbeschaffung und ist mit der Ausarbeitung der Konzepte für verschiedenste Lösungen beauftragt, wie Massenunterkünfte in Zivilschutzanlagen, Gewerbehallen, Turnhallen, Abrissliegenschaften und Containersiedlungen. In dieser Arbeitsgruppe sind Vertreter aus dem Bereich Liegenschaften, Immobilienverwaltung und Soziales vertreten. Die Gruppe trifft sich alle 3 bis 5 Tage. Der Stadtrat nutzt die Gelegenheit: Sollten unter den anwesenden Personen oder in deren Bekanntenkreis Anwohner sein, die sich vorstellen könnten, als Gastfamilie Ukrainer aufzunehmen, kann man sich auf der Schliere-mer Webseite melden – Stichwort: Ukrainehilfe, unter dem Link "Gastfamilien für Ukrainische Flüchtlinge".

Frage von Leila Drobi: Vorbereitungskurse für Gymnasialprüfung

Die Vorbereitungskurse für die Gymiprüfungen finden in Schlieren nach der regulären Unterrichtszeit statt. Dies führt zu sehr langen Unterrichtstagen. Würde es der Stadtrat in Erwägung ziehen, diese Vorbereitungskurse zur Entlastung der Kinder und in Anbetracht der tiefen Gymiquote in Schlieren während der regulären Unterrichtszeit durchzuführen, wie es bspw. in der Stadt Zürich der Fall ist? Und wenn nein, wieso nicht?

Antwort von Bea Krebs, Ressortvorsteherin Bildung und Jugend

Die Integration in den Unterricht birgt nur auf den ersten Blick viele Vorteile für die Kinder. Für sie würden die Tage zwar bezüglich Unterricht kürzer, der in 6 Lektionen reguläre Unterricht verpasste Stoff müsste allerdings nachgeholt werden, weshalb sich dann die Aufgabenzeit der Kinder und Jugendlichen entsprechend verlängert. Dies würde die Familien zuhause zusätzlich belasten. Im Gegenzug hätten die Lehrpersonen im regulären Unterricht eine kleinere Kindergruppe. Es ist nicht ersichtlich, welchen Einfluss die in die reguläre Unterrichtszeit integrierte Gymivorbereitung auf die Gymiquote haben könnte. Hingegen zeigt der Einsatz im Gymikurs mit zusätzlichen Lektionen den Kindern und Jugendlichen deutlich auf, welche Erwartungen im Gymi auf sie in punkto Einsatzwille, Durchhaltevermögen und Zuverlässigkeit zukommen werden. Die Schulpflege verschliesst sich aber nicht davor, Vorschläge zu einer möglichen Verbesserung des Unterrichts aufzunehmen und wird diesen an einer Schulleitungskonferenz diskutieren.

Gemeindeparlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass es sich um 19 und nicht wie zu Beginn der Sitzung erwähnt 20 eingereichte erste Fragen handelt, da eine Frage vor der Sitzung zurückgezogen wurde. Mit 9 eingereichten zweiten Fragen wird die Fragestunde nun fortgesetzt.

Frage von Dominic Schläpfer: Interpellation "Verkehrsstau am Stadtkreisel"

Versprechungen, die Stefano Kunz am 22. August bei der Interpellation Schläpfer gemacht hat:

1. SR will dem Kanton einen Brief schreiben mit der Bitte um Angabe einer verbindlichen Zeit für die Realisierung der Engstringerkreuzung.
2. SR will auf Kantonsräte zugehen wegen Vorstössen im Kantonsrat.
3. SR will eine «Regelung von Hand» prüfen.
4. SR will Fussgängerströme bündeln (durch ein Ampelsystem).
5. SR will Verkehrsdosierung optimieren.
6. SR will in einem «grösseren Kontext» alternative Lösungen suchen.

Somit wäre die Frage: Wo steht der SR heute in Bezug auf die Punkte 1–6?

Antwort von Stefano Kunz, Ressortvorsteher Bau und Planung

1. Anfrage geschickt; Antwort: Verweis auf die laufende Einspracheverhandlung und den Rechtsweg, welcher der Kanton wohl beschreiten muss, daher kein konkreter Zeitplan. Realisierung so, dass gemäss Agglo-Programm vorgegangen werden kann (Baubeginn spätestens 2027).
2. Anfrage durch Kantonsräte Dalcher, Kampus und Bärtschiger ist erfolgt.
3. "Regelung von Hand" in Aussicht gestellt auf Fahrplanwechsel, die konkrete Umsetzung wird zurzeit seitens Kantons evaluiert.
4. Ampellösung wird gestützt auf Auswertung Verkehrsdienst (vgl. 3) geprüft.
5. Verkehrsdosierung ist in kantonaler Hoheit. Der Kanton (Federführung KaPo) überprüft die Signalsteuerung laufend. Es benötigt zudem ein Gespräch mit der Stadt Zürich, weil sie das Recht haben, ihre Signale selbst einzustellen.
6. Verkehrsplanung ist angelaufen (Auslegeordnung, Analyse von Abhängigkeiten, Datenerhebung).

Frage von Walter Jucker: Wärmeentzug aus Flusswasser

In der Stadt Lauterecken D entzieht man dem Flusswasser Wärmeenergie und nutzt diese, um Heizwasser zu erzeugen. Ein innerstädtisches Nahwärmenetz und eine neuartige Hochtemperaturwärmepumpe machen es möglich. Dabei arbeitet sie hoch effizient: Aus der zugeführten elektrischen Energie entsteht mehr als das 3,5-fache an Heizwärme. Etwa 77 % der benötigten Heizenergie können so umwelt- und ressourcenschonend zur Verfügung gestellt und rund 53 t CO₂-Emissionen pro Jahr vermieden werden. Kennt „Schlieren“ dieses System und kann man sich vorstellen, so etwas auch umzusetzen?

Antwort von Beat Kilchenmann, Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen

Schlieren ist diese Heizmethode bekannt, doch der Einsatz von solchen Hochleistungs-Wärmepumpen ist in der Schweiz noch nicht weit verbreitet. Das kann daher kommen, dass diese i. d. R. teurer als Standardtechnologien sind. Diese Methode hat jedoch den grossen Vorteil, dass aufgrund der hohen Vorlauftemperatur auch konventionelle Heizradiatoren (> 60 C°) betrieben werden können. Ob dieser Typ Wärmepumpe in Schlieren zum Einsatz kommen könnte, wird sich nach dem überarbeiten des Energieplans herausstellen. Schlieren hat das grosse Glück, genügend Grundwasser und Fliessgewässer zu haben. Diese Art Energiequelle müsste jedoch noch vom AWEL bewilligt werden. Der Stadtrat hat das Thema auf jeden Fall auf dem Radar und bleibt dran. Solche Themen werden in der bereits erwähnten Arbeitsgruppe bearbeitet.

Frage von Dominik Ritzmann: Leistung der verbauten PV-Anlagen in Schlieren

Wie hoch ist die Leistung aller auf Schlieremer Gemeindegebiet verbauten PV-Anlagen, ohne diejenigen der Post Mülligen und der städtischen Gebäude?

Antwort von Beat Kilchenmann, Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen

Die Anschlussleistungen von Photovoltaik-Anlagen werden durch EKZ bewilligt und erfasst. Aus diesem Grund basieren die Daten von EKZ Statistiken. 65 Stk. PV-Anlagen (exkl. Post Mülligen und städtische Gebäude). Die bewilligte Leistung ist 3'757 kW.

Frage von Thierry Lustenberger: Umsetzungsvarianten kommunale Veloroute

Welche Varianten bestehen aktuell bzgl. der Umsetzung der kommunalen Veloroute auf der Nord-Süd-Achse im Zelgli-Quartier? Von welchem Zeitraum wird ausgegangen, um diese Veloroute wie geplant zu realisieren?

Antwort von Stefano Kunz, Ressortvorsteher Bau und Planung

Die Stadt hat noch vor der Pandemie in einem wertvollen partizipativen Verfahren verschiedenen Varianten mit der Bevölkerung im Quartier diskutiert. Es hat sich gezeigt, dass die Variante bevorzugt wird, welche auf der Engstringerstrasse liegt. Der Entscheid hat letztendlich zum T30-Versuch geführt, welche aktuell noch weitergeführt wird. Die Stadt macht diesbezüglich keine Auswertungen.

Aus zwei Gründen: Es ist bereits jetzt klar, dass es ohne T30 mehr und mit T30 weniger Landerwerb benötigt. Man kann sich vorstellen, dass sich die Verhandlungen bei einem solchen Vorgehen in die Länge ziehen. Zudem ist es eine Kantonsstrasse. Der Kanton ist also federführend, dies ist eine zusätzliche Schwierigkeit.

Frage von Manuel Kampus: Abfallkonzept bei Veranstaltungen

Wer genehmigt das Abfallkonzept für Veranstaltungen? War im Abfallkonzept für die Chilbi eine getrennte Sammlung Pet/Alu vorgesehen und wenn ja, an welchen Orten, wenn nein, weshalb nicht? Wird kontrolliert, ob ein Abfallkonzept von den Veranstaltern eingehalten wird?

Antwort von Pascal Leuchtmann, Ressortvorsteher Sicherheit und Gesundheit

Ein konkretes und umfassendes Abfallkonzept gab es an der Chilbi nicht. Die Stadt hatte ein Konzept betreffend wiederverwertbares Geschirr, das auch erfolgreich umgesetzt werden konnte. Für den übrigen "Güsel" wurden, aufgrund der vorhandenen Erfahrungen aus früheren Jahren, viele Abfall-eimer aufgestellt. Diese haben allerdings wegen den wirklich unerwartet hohen Besucherzahlen nicht genügt. Für den Stadtrat steht fest, dass die nächste Chilbi ein griffiges Abfallkonzept, so wie es beispielsweise das Schlierefäscht kennt, haben muss. Getrennte Abfallbatterien waren nicht vorhanden.

Frage von Caterina Autiero: Mulde für Altmetallentsorgung auf Pischte 52

Vor einiger Zeit wurde auf der Pischte 52 eine Mulde für Altmetallentsorgung aufgestellt. Diese Dienstleistung wurde von älteren Menschen und welche kein Auto besitzen sehr geschätzt. Wäre es möglich diese Mulde wieder ein- bis zweimal im Jahr aufzustellen?

Antwort von Beat Kilchenmann, Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen

Dem Stadtrat sowie der Abteilung Werke, Versorgung und Anlagen ist nicht bekannt, dass eine Sammelmulde für Altmetall auf der Pischte 52 stand. Der Input wird aber im Sinne einer guten Idee aufgenommen und zur Umsetzung geprüft. Informationen zum ungefähren Zeitraum und der genauen Lage der erwähnten Mulde nimmt der Stadtrat gerne entgegen, damit der damalige Zweck und die zuständige Organisation ausfindig gemacht werden kann.

Frage von Michael Koger: Versuch Tempo 30 auf der Engstringerstrasse

Der Gemeinderat Unterengstringen hat sich bekanntlich beim Regierungsrat darüber beschwert, dass der Versuch Tempo 30 auf der Engstringerstrasse verlängert wurde. Was unternimmt nun die Stadt Schlieren, um das Bedürfnis der 612 Unterzeichnenden umzusetzen und die Tempo 30 Regelung langfristig beizubehalten?

Antwort von Stefano Kunz, Ressortvorsteher Bau und Planung

Derzeit unternimmt die Stadt nichts. Es ist bemerkenswert, dass 612 Personen diese Petition unterschrieben haben. Es gibt viele Personen, welche nicht so begeistert sind über diesen T30-Versuch. Diese Stimmen sind dem Stadtrat ebenfalls wichtig. Gespräche dazu finden mit Unterengstringen und dem Kanton statt, die Stadt kann hier nicht in Eigenregie entscheiden. Der Stadtrat war überrascht über die Verlängerung, denn er wurde quasi gleichzeitig mit der Information an die Öffentlichkeit darüber in Kenntnis gesetzt. Da die Resultate aus diesem ersten T30-Versuch fehlen, sind auch keine Grundlagen zur Einleitung weiterer Schritte vorhanden. Es handelt sich zudem um eine Kantonsstrasse, weshalb der Kanton ein sehr wichtiger Gesprächspartner ist. In der Interpellation von Dominic Schläpfer wird noch detaillierter darauf eingegangen.

Frage von Leila Drobi: Bewilligung von Solarpanels

In Bern und Winterthur braucht es keine Baubewilligung mehr für die Installation von Solarpanels auf Dach und Fassaden. Kann sich der Stadtrat dies auch in Schlieren vorstellen und was unternimmt er, um dies umzusetzen?

Antwort von Stefano Kunz, Ressortvorsteher Bau und Planung

Massgebend sind das kantonale Planungs- und Baugesetz sowie die entsprechenden Verordnungen dazu. Eine baurechtliche Bewilligung ist auch in Schlieren grundsätzlich nicht erforderlich. Die Solaranlagen werden - wenn gewisse Voraussetzungen (zusammenhängende Anlage, weniger als 20 cm abstehend, reflexionsarm, nicht in Kernzone, nicht im Denkmalschutz bzw. inventarisiert, nicht im Gewässerraum) erfüllt sind - im Meldeverfahren behandelt, es benötigt also kein Baugesuch. Somit kann die Anlage ohne Rückmeldung durch die Stadt zeitnah erstellt werden. Das Bausekretariat informiert aber trotzdem die Kunden mittels Schreiben über den Eingang des Meldeverfahrens. Bei Denkmalpflege- und Inventar-Objekten sowie in der Kernzone muss die Situation jeweils individuell geprüft werden, da dort Interessensabwägungen erfolgen müssen. Das kann nicht via Meldeformular erfolgen. In solchen Fällen ist ein ordentliches Verfahren erforderlich. Früher benötigte man auch für PV-Anlagen ein Gesuch. Dies wurde geändert mit einer Gesetzesanpassung.

Frage von Laura Zangger: Velospur Unterführung Bahnhof West

Die Unterführung West am Bahnhof soll mit Entstehung der Siedlung Lymhof verlängert werden. Ist in der Unterführung die Durchfahrt mit Fahrrädern eingerechnet (Velospur)? Wenn nein, warum nicht?

Antwort von Stefano Kunz, Ressortvorsteher Bau und Planung

Diese Querung ist (wie die östliche Bahnhofquerung übrigens auch) keine Veloroute. Velos müssen gestossen werden. Der Velotransport wird mittels Rampe auf der Südseite und Lift auf der Nordseite sichergestellt. Jegliche Rampe hätte derart weit ins Baufeld hineingeführt, dass keine attraktive Nutzung hätte umgesetzt werden können. Durchfahrt nein, Durchgehen ja.

Gemeindeparlamentspräsident Marc Folini weist darauf hin, dass das Ende der Liste der zweiten Fragen erreicht ist und die 60 Minuten der Fragestunde um sind. Weitere drei Fragen wurden nach der Frist schriftlich eingereicht. Gemäss § 106 der Geschäftsordnung entscheidet Marc Folini, die Fragestunde zu verlängern, um die ausstehenden drei Fragen zu beantworten.

Frage von Olivia Boccali: Sparsame Strassenbeleuchtung

Wird bei der Strassenbeleuchtung in Schlieren auf sparsame Lichtquellen (Sparlampen) gesetzt?

Antwort von Beat Kilchenmann, Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen

Die Beleuchtung in der Stadt wird stetig an verschiedenen Stellen ergänzt und erneuert. Schlieren hat gemäss Abklärungen vom EKZ keine nennenswerten «Altlasten», wie z. B. Quecksilberdampflampen, im Bereich der Leuchtmittel. Teilweise entsprechen die Leuchten jedoch nicht mehr dem neusten Stand der Technik, weshalb diese in den nächsten Jahren, im Idealfall mit einer weiteren Sanierung ersetzt werden. Wenn möglich setzt die Stadt Schlieren bei Ersatz- oder Neuinstallationen stromsparende Leuchtmittel ein.

Frage von Filippo Fiore: Brennzusätze Limeco

Wie viel Öl und/oder Gas bzw. andere Brennzusätze werden bei der Limeco beim Verbrennungsvorgang zugesossen um das regelmässige Brennen bzw. die notwendige Verbrennungstemperatur sicherzustellen?

Antwort von Beat Kilchenmann, Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen

Siehe Antwort auf Frage 1 von Dominic Schläpfer.

Frage von Filippo Fiore: Garderobengebäude Sportplatz Zelgli

Wer hat die Verantwortung für die Wartung des neuen Garderobengebäudes auf dem Sportplatz Zelgli und welches sind die bisher angelaufenen Kosten, insbesondere im Vergleich zu den Erwartungen?

Antwort von Manuela Stiefel, Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften

Die Hauptverantwortung trägt der Bereich Liegenschaften. Die Tages- und Wochenreinigung ist delegiert an den FC Schlieren. Die Quartalsreinigungen werden durch den Bereich Liegenschaften durchgeführt. In der Abstimmungsvorlage (Erwartungen) sind für betriebliche Folgekosten (Unterhalt, Verbrauchsmaterial, Versicherungen, Personal- und Reinigungskosten) mit Fr. 111'000.00 ausgewiesen. Nach dem ersten Betriebsjahr sind Kosten von rund Fr. 80'000.00 angefallen. Dieser Betrag ist auch im Budget 2023 wiederum eingestellt.

Gemeindeparlamentspräsident Marc Folini erklärt die Fragestunde für beendet und bedankt sich bei allen Stadträtinnen und Stadträten sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für das Zusammentragen der Antworten und das Beantworten der Fragen.

1. Ausgangslage

Gemäss aktueller Geschäftsordnung führt das Parlamentssekretariat in den Parlamentssitzungen ein substanzielles Protokoll. Je nach Sitzungsdauer und -umfang der Geschäfte umfassen diese Protokolle jeweils zwischen 22 und 35 Seiten. In verschiedenen Kantonsparlamenten sowie in mehreren Zürcher Parlamentsgemeinden wird nur noch ein sogenanntes Audio-Protokoll geführt, welches im Internet angehört werden kann (unter anderen die Städte Zürich, Dietikon und Wetzikon sowie die Parlamentsdienste der Schweizerischen Bundesversammlungen). Der Gemeinderat der Stadt Zürich führt die Audioprotokollierung seit Mai 2010 und die Stadt Dietikon seit Oktober 2017. Ergänzt wird dieses Audio-Protokoll durch ein Beschlussprotokoll, welches lediglich die getroffenen Beschlüsse sowie die Rechtsmittelbelehrung enthalten.

Für die beiden Kommissionen des Gemeindeparlaments ist kein Einsatz eines Audioprotokolls vorgesehen. Einerseits sind diese Sitzungen nicht öffentlich, andererseits werden regelmässig Protokollauszüge verschickt, weshalb ein Audioprotokoll hier nicht zweckmässig ist.

Die Einführung der Audioprotokollierung von Parlamentssitzungen bedingt eine einmalige Änderung (Teilrevision) der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments.

2. Die Audioprotokollierung im Detail

Die Audioprotokollierung stellt ein zukunftsorientiertes Werkzeug dar, welches den Aufwand der Protokollierung gegenüber dem substanziellen Protokoll merklich minimiert. Das Abrufen des Protokolls erfolgt digital in einer übersichtlichen und intuitiven Oberfläche. Auch die Protokollierung erfolgt intuitiv und daher ist keine lange Einarbeitungszeit nötig. Die einzelnen Audio-Aufnahmen können direkt dem/der jeweiligen Sprecher/in zugeordnet und verarbeitet werden. Durch den/die Protokollführer/in können die Voten einfach dem Geschäft zugewiesen werden. Somit entsteht eine effiziente Transkription.

Die heutige schriftliche Protokollierung (ca. 22–35 Seiten) entspricht nicht einem substanziellen Protokoll, da ein solches erfahrungsgemäss etwa 4 A4-Seiten pro Sitzung füllt. Die vorhandene Detailtiefe ist durch den Anspruch und Wunsch der Parlamentsmitglieder gewachsen, da sie ihre Voten möglichst vollumfänglich abgebildet haben möchten. Dieser Umstand kann die Audioprotokollierung einfach lösen: die Voten können nicht wie in einem schriftlichen Protokoll durch eine Drittperson abgeschwächt u/o zusammengefasst werden.

Stimmberechtigte Personen können sich anhand der Audioprotokollierung ein besseres Bild über einzelne Parlamentsmitglieder verschaffen, was zu Transparenz und gar einer Wiederwahl führen kann. Die Sitzungssprache kann weiterhin wahlweise auf Schweizerdeutsch (Mundart) oder Deutsch erfolgen.

2.1. Vorgehen Büro Gemeindeparlament

Im Vorfeld dieses Antrags wurden vom Büro des Gemeindeparlaments umfangreiche Abklärungen zum Einsatz eines Audioprotokolls getroffen. Diese haben sich mit Fragen des Datenschutzes, der Effizienzsteigerung sowie mit den Kosten auseinandergesetzt. Abklärungen des Parlamentssekretariats beim Gemeindeamt des Kantons Zürich haben ergeben, dass mit der Bereitstellung der Audio-Dateien im Internet keine datenschutzrechtlichen Probleme entstehen, weil die Verhandlungen des Gemeindeparlaments gestützt auf das Gemeindegesetz des Kantons Zürich öffentlich sind.

2.2. Zeitaufwand der Protokollierung

Die heutige Protokollierung einer Parlamentssitzung nimmt rund 30 Stunden in Anspruch. Der Aufwand der einzelnen Mitglieder des Büros des Gemeindeparlaments (Kontrolle Protokoll) ist dabei nicht eingerechnet. In den 30 Stunden sind folgende Aufgaben enthalten: Vorprotokoll, Protokollierung an der Sitzung selbst, Protokollieren anhand des Audiofiles, Kontrolle, Layout, Versand an Büro Gemeindeparlament-Mitglieder und allfällige Anpassungen vornehmen, Unterschriften einholen, Upload auf Extranet und Internet sowie Archivführung inkl. Buchbindung. Die Mithilfe der Parlamentssekretärin-Stv. ist ebenfalls einberechnet.

Gemäss Erfahrungen aus anderen Gemeinden (unter anderem der Stadt Dietikon), welche bereits seit Jahren mit einem Audioprotokoll arbeiten, reduziert sich der gesamte zeitliche Aufwand für die Bereitstellung und Publikation der Audiodatei sowie die Ausarbeitung der Beschlüsse auf maximal 10 Stunden pro Sitzung. Die Einführung eines Audioprotokolls bringt somit pro Sitzung einen Minderaufwand von ca. 20 Stunden. Hochgerechnet kann dabei eine Einsparung generiert werden, welche eine merkliche Arbeitsentlastung mit sich bringt.

2.3. Kosten

Die einmaligen Kosten belaufen sich auf rund Fr. 15'700.00 für die Anschaffung und rund Fr. 2'300.00 an jährlich wiederkehrenden Kosten. Bereits heute fallen für die externe Dienstleistung (Mikrofon-Steuerung, etc.) über Fr. 3'800.00 an jährlich wiederkehrenden Kosten an. Dieser Betrag entfällt voraussichtlich, da durch den Wegfall der schriftlichen Protokollierung die Regelung der Lautstärke sowie das Ein- und Ausschalten der Mikrofone durch die Parlamentssekretärin an den Parlaments-sitzungen erfolgen kann (analog Stadt Dietikon). Für die jährlich rund 200 eingesparten Arbeitsstunden lohnt sich die Anschaffung finanziell bereits ab dem zweiten Jahr.

Die Einführung eines Audioprotokolls ist im Budget 2023 eingestellt.

2.4. Durchsuchbarkeit

Ein Audio-Protokoll wird mit sogenannten "Textmarken" versehen und den interessierten Personen im Internet bereitgestellt, welche es ermöglichen, einzelne Voten zu bestimmten Geschäften schnell zu finden. Es muss weder das gesamte Audiofile noch ein vollständiges einzelnes Geschäft "abgehört" werden, um eine gewünschte Information zu erhalten.

3. Rechtliches

Gemäss Kommentar zum Gemeindegesetz ist das Protokoll eine schriftliche Aufzeichnung mündlicher Aussagen, Abstimmungen und Beschlüsse (N.1 zu § 6 GG). Dies bedeutet, dass ein reines Audioprotokoll nicht den Anforderungen an ein Protokoll entsprechen würde. Eine Mischung aus schriftlichem Beschlussprotokoll und den zusätzlichen Audioaufnahmen ist jedoch möglich.

Grundsätzlich ist die Herstellung von Tonaufnahmen der Gemeindeparlamentssitzungen als öffentliche Verhandlung erlaubt. Bild-, Film- und Tonaufnahmen sind zum Schutz der Persönlichkeitsrechte der Verhandlungsteilnehmenden oder anderweitig Betroffener nur mit Bewilligung zulässig. Diese kann generell durch die Geschäftsordnung des Parlaments erteilt werden. Somit reicht dabei die Anpassung der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments. Ein genereller Ausschluss von Bild-, Film- und Tonaufnahmen ist dagegen nicht zulässig, da in der Regel öffentliche Interessen an solchen Aufnahmen das Interesse am Schutz der Persönlichkeitsrechte überwiegen (Kommentar GG N. 4 zu § 28 GG).

4. Weiteres Vorgehen

Sofern das Gemeindeparlament der Einführung des Audioprotokolls und somit der Teilrevision der Geschäftsordnung zustimmt, wird das Parlamentssekretariat mit der Umsetzung beauftragt. Nach

erfolgreicher Installation der benötigten Software bestimmt das Büro des Gemeindeparlaments den Zeitpunkt des Inkrafttretens der teilrevidierten Geschäftsordnung.

5. Erwägungen

Gemäss Art. 7 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments kann das Büro von sich aus dem Parlament materielle Anträge vorlegen. Dem Stadtrat ist vor der Überweisung des Geschäfts an das Parlament die Möglichkeit einzuräumen, sich dazu zu äussern.

Das Büro des Gemeindeparlaments hat sich an mehreren Sitzungen mit der Teilrevision der Geschäftsordnung befasst und beantragt dem Gemeindeparlament eine Teilrevision.

Das Büro des Gemeindeparlaments beschliesst:

1. Dem Gemeindeparlament wird beantragt zu beschliessen:
 - 1.1. Die Teilrevision der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments (SKR Nr. 2.20) wird genehmigt und somit der Einführung einer Audioprotokollierung an Gemeindeparlamentssitzungen zugestimmt.
 - 1.2. Das Büro des Gemeindeparlaments entscheidet über den Zeitpunkt des Inkrafttretens.
2. Die Teilrevision der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments wird der Geschäftsprüfungskommission zugewiesen.
3. Dem Stadtrat wird hiermit die Möglichkeit eingeräumt, sich innert 30 Tagen dazu zu äussern, sodass das Geschäft am 21. November 2022 im Parlament behandelt werden kann.

Abschied der Geschäftsprüfungskommission

Die GPK empfiehlt dem Gemeindeparlament mehrheitlich (5:2), dem Antrag des Büros Gemeindeparlament zuzustimmen.

Schlieren, 15. November 2022

Der Präsident: Walter Jucker
Die Protokollführerin: Nicole Hollenstein

Bericht der Geschäftsprüfungskommission

Walter Jucker, Sprecher der GPK führt aus, dass bekanntlich heute noch ein Änderungsantrag gestellt wird, welcher will, dass im Parlament Hochdeutsch gesprochen wird. Deshalb führt Walter Jucker als GPK-Präsident das Votum für die GPK auch auf Hochdeutsch aus.

Die Ressourcen des Parlamentssekretariats sind seit langem ein Thema. Die Protokolle sind teilweise 30 Seiten lang. Selina Brücker wurde deshalb angewiesen, ihre Stunden für die Parlamentsarbeit aufzulisten. Daraus ergab sich, dass das Protokoll mit 30 Stunden pro Sitzung einer der grössten Aufwandsposten des Parlamentssekretariats ist. Ebenfalls hervorgekommen ist, dass der Gesamtzeitaufwand für die Parlamentsarbeit bei etwa 80 Stellenprozent liegt. Im Moment stehen dem Parlamentssekretariat aber nur 40 Stellenprozent zu. Aufgrund des grossen Arbeitsaufwands für die Parlamentsarbeit konnten viele andere Aufgaben nicht wahrgenommen werden. Um diesen Missstand zu beheben, wurden im Büro des Gemeindeparlaments drei Varianten erarbeitet:

- Variante 1: 20 Stellenprozente mehr und Einführung der Audioprotokollierung
- Variante 2: Genau wie bisher, jedoch mit 40 Stellenprozenten mehr
- Variante 3: 20 Stellenprozente mehr, mit deutlicher Reduktion der Dienstleistungen durch das Parlamentssekretariat

Die stimmberechtigten Mitglieder des Büros Gemeindeparlaments haben sich für Variante 1 entschieden. Anlässlich der Bürositzung vom 30. August 2022 haben alle stimmberechtigten Büromitglieder nach Diskussion, der Einführung der Audioprotokollierung zugestimmt. Aufgrund dieser Zustimmung wurde die GPK beauftragt, den Antrag des Büros GP um Änderung der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments, Einführung Audioprotokollierung, zu prüfen. Im Vorfeld dieses Auftrags wurden vom Büro GP umfangreiche Abklärungen zum Einsatz eines Audioprotokolls getroffen. Diese haben sich mit Fragen des Datenschutzes, der Effizienzsteigerung sowie den Kosten auseinandergesetzt. Abklärungen des Parlamentssekretariats beim Gemeindeamt des Kantons Zürich haben ergeben, dass mit der Bereitstellung der Audiodateien im Internet keine datenschutzrechtlichen Probleme entstehen, weil die Verhandlungen des Gemeindeparlaments, gestützt auf das Gemeindegesetz des Kantons Zürich, öffentlich sind und ein kurzes Beschlussprotokoll geführt wird. Audioprotokollierung ist viel günstiger als das Erstellen eines Protokolls, wie es dem Parlament und der Öffentlichkeit jetzt zur Verfügung gestellt wird. Die Anschaffung würde einmalig rund Fr. 15'700.00 kosten. Die jährlich wiederkehrenden Kosten belaufen sich auf rund Fr. 2'300.00. Bereits heute fallen für die externe Dienstleistung über Fr. 3'800.00 an jährlich wiederkehrenden Kosten an. Dieser Betrag entfällt voraussichtlich, da durch den Wegfall der schriftlichen Protokollierung die Regelung der Lautstärke sowie das Ein- und Ausschalten der Mikrofone durch das Parlamentssekretariat erfolgen könnte, wie dies schon in der Stadt Dietikon gemacht wird. Der GPK wurde der Antrag anlässlich der Bürositzung vom 11. Oktober 2022 zur Prüfung überwiesen. Alle Mitglieder des Parlaments wurden durch die GPK aufgefordert, offene Fragen zu stellen. Zur GPK-Sitzung vom 8. November 2022 wurden der Parlamentspräsident Marc Folini und die Parlamentssekretärin Selina Brücker in die GPK eingeladen, um die Vor- und Nachteile zu erläutern und die beiden eingereichten Fragen zu beantworten. Gefragt wurde, wie oft Parlamentsmitglieder Protokollkorrekturen verlangt haben. Niemand der GPK kann sich erinnern, dass aus dem Parlament anlässlich einer Sitzung in den letzten Jahren Korrekturen verlangt wurden. Bei der Kontrolle durch die Büromitglieder gibt es immer wieder Änderungsanträge, vorwiegend aber sogenannte „Tippfehler“. Durch Marc Folini und Selina Brücker wurde der GPK nochmals erläutert, wieso die Audioprotokollierung eingeführt werden soll. Die Mitglieder der GPK zählten nachfolgende Nachteile der Audioprotokollierung auf: Es könnte sein, dass gewisse Parlamentsmitglieder aufgrund der Audioprotokollierung keine Votes mehr halten wollen. Die Erfahrungen der Audioprotokollierung in Dietikon zeigen angeblich auf, dass sich dieses mögliche Problem nach kurzer Zeit selber löst. Sollte das in Schlieren nicht so sein, wäre es auch möglich, zum Ist-Zustand zurückzukehren. Gehörlose und hochgradig Schwerhörige könnten das Protokoll nicht mehr lesen. Leute, die schlecht „Schweizerdeutsch“ sprechen, würden die Votes nicht verstehen. Eine mögliche Lösung für gehörlose Menschen und Leute, die schlecht „Schweizerdeutsch“ verstehen, wäre, ein Programm für die Transkribierung anzuschaffen. Es gibt Programme, welche angeblich auch mit Schweizerdeutsch umgehen können. Diese werden bereits von verschiedenen Kantonen wie Aargau, Bern, Glarus und Zürich benutzt. Die Anschaffung eines solchen Programms würde aber mit Kosten verbunden sein. Gemäss vorliegender Offerte würden dies jährlich etwa Fr. 10'500.00 kosten. Dazu kommt ein Mehraufwand für die Kontrolle des Geschriebenen durch das Parlamentssekretariat vom mindestens fünf Stunden. Die GPK empfiehlt, vorerst darauf zu verzichten. Mit der Einführung der Audioprotokollierung könnte der Arbeitsaufwand des Parlamentssekretariats massiv verringert und dadurch bis 200 Arbeitsstunden pro Jahr eingespart werden. Auch für die Büromitglieder wäre es eine Entlastung, müssten diese nicht mehr seitenweise Protokolle kontrollieren. Gemäss der gültigen Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments, § 44, könnte auf ein ausführliches Protokoll verzichtet und ein substantielles Protokoll geführt werden, also summarische Wiedergabe der wichtigsten Votes. Früher wurde das wohl so gemacht. Es soll dabei aber immer wieder zu Einwänden von Parlamentsmitgliedern gekommen sein, die sich falsch zitiert fühlten. Der Arbeitsaufwand für die Erstellung eines substantiellen Protokolls ist in etwa gleich gross wie für den Ist-Zustand. Gemäss § 6 Abs. 2 des Gemeindegesetzes des Kantons Zürich wäre wohl auch nur ein Beschlussprotokoll möglich. Dafür würde sprechen, dass es keine Audioprotokollierung braucht. Dagegen spricht, dass Votes nur noch in der Zeitung nachgelesen werden könnten und bei der Stadt Schlieren nicht mehr dokumentiert wären. Abklärungen beim Gemeindeamt des Kantons Zürich

ergaben, dass ein reines Beschlussprotokoll ohne Abbildung der Voten rechtlich schwierig zu vertreten wäre, weil die Rechtssicherheit nicht vollumfänglich gegeben ist. Auch der angefragte Bezirksrat sprach sich dagegen aus. Um die Audioprotokollierung einzuführen, ist die Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments anzupassen. Die Anpassungen sind in den Paragraphen 44, 45 und 110 vorzunehmen. Sollte das Parlament der Einführung der Audioprotokollierung zustimmen, würde zusätzlich zu den öffentlichen Audiodateien noch ein im § 44 beschriebenes Beschlussprotokoll erstellt werden müssen. Gemäss Antrag des Büros würde sich die Erstellung des Gemeindeparlamentssitzungs-Protokolls von ca. 30 auf etwa 10 Stunden verringern. Um die anderen Aufgaben des Parlamentssekretariats künftig gemäss den Vorstellungen der Parlamentsmitglieder durchführen zu können, beantragte das Büro GP dem Stadtrat, die Stelle um 20 % zu erhöhen. Sollte auf die Audioprotokollierung verzichtet und durch das Parlament bei der Protokollierung keine Änderungen gewünscht werden, müssten die Stellenprozent des Parlamentssekretariats um 40 statt nur 20 % angehoben werden. Anlässlich der Sitzung vom 15. November 2022 hat die GPK den Antrag mit 5:2 Stimmen zur Annahme verabschiedet. Die Gegner des Antrags werden ihre Ablehnung selber begründen. Die GPK empfiehlt daher mehrheitlich, die Änderungen der §§ 44, 45 und 110 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments anzunehmen und damit dem Büro des Gemeindeparlaments den Auftrag zu erteilen, die Audioprotokollierung einzuführen.

Parlamentspräsident Marc Folini erklärt, dass das Parlament heute über das Geschäft als gesamtes abstimmt. Bereits vorgängig wurde ein Antrag der Fraktion Grüne eingereicht. Das Geschäft wird folgendermassen behandelt: zuerst gibt es eine Gesamtdiskussion zum gesamten Geschäft. Allfällige weitere Anträge werden gesammelt. Danach findet die Detailberatung der einzelnen Anträge statt. Zum Schluss wird zuerst über die einzelnen Gegenanträge abgestimmt und danach über den bereinigten Hauptantrag.

Diskussion Hauptantrag

Heidemarie Busch (SVP) ist bereits bei der letzten Revision der Geschäftsordnung GP aufgestanden, als es hiess, dass nur noch Deutsch gesprochen werden soll. Es handelt sich um ein Schweizer Parlament und da sollten auch alle Schweizerdeutsch sprechen und verstehen können. Es soll in der Geschäftsordnung GP nicht Deutsch durch Hochdeutsch ersetzt werden. Es kann sowieso fast niemand richtig Hochdeutsch sprechen.

Denise Küng (DM) erläutert, dass die Fraktion DM/EVP die Einführung der Audioprotokollierung kontrovers diskutiert hat und sich bis zum Schluss nicht wirklich einig war. Es sind Bedenken vorhanden, insbesondere, dass Zitate und Voten nicht mehr gleich gut auffindbar sind wie im Wortprotokoll oder dass sich einzelne Parlamentsmitglieder durch die Audioprotokollierung gehemmt fühlen und weniger zu Wort melden könnten. Auch für Parlamentarierin Denise Küng würde es einen weiteren Schritt aus der Komfortzone bedeuten, denn sie hört sich nicht gern genug reden, um den Gedanken, dass man sich quasi im Internet abrufen könnte, wirklich toll zu finden. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist aber, dass das Parlament gehalten ist, mit dem zur Verfügung stehenden Geld haushälterisch umzugehen und es möglichst sinnvoll einzusetzen. Da war die Mehrheit der Fraktion DM/EVP der Meinung, dass es schwierig zu rechtfertigen wäre, nach jeder Sitzung 30 Stunden für ein Wortprotokoll aufwenden zu lassen bzw. dafür 20 zusätzliche Stellenprozent zu sprechen, nur damit sich die Parlamentsmitglieder etwas komfortabler fühlen und eventuell ein paar Textstellen rascher auffinden können. Ausserdem machen das Dietiker Parlament und diverse weitere Organisationen bisher gute Erfahrungen mit der Audioprotokollierung. Die Dietiker Audioprotokolle wirken zudem übersichtlich und gut handhabbar. Aufgrund dieser Überlegungen spricht sich die überwiegende Mehrheit der Fraktion DM/EVP für die Einführung der Audioprotokollierung aus.

Leila Drobi (SP) erläutert, dass die Fraktion SP sich ausgiebig mit der Einführung einer Audioprotokollierung auseinandergesetzt hat. Der Aufwand der heutigen Protokollierung der Gemeindeparlamentssitzungen mit rund 30 Stunden pro Sitzung und bis zu 35-seitigen Protokollen steht nach Meinung der Fraktion SP in keinem angemessenen Verhältnis zum Nutzen. Es sind wenige Gemeindeparlamentarier und Gemeindeparlamentarierinnen, welche auf das Protokoll zurückgreifen. Auch wenn es keine konkreten Zahlen aus der Bevölkerung gibt, nimmt die Fraktion SP an, dass es dort

ähnlich aussieht. Durch diesen grossen Aufwand kommen andere wichtige Aufgaben im Parlamentssekretariat zu kurz. Die Audioprotokollierung vermindert den Aufwand signifikant. Die Kosten sind in einem verhältnismässigen Rahmen und die Handhabung erscheint der Fraktion SP einfach und verständlich: Die Darstellung ist übersichtlich und die einzelnen Voten können schnell gefunden werden. Die Fraktion SP hat die Frage der barrierefreien Zugänglichkeit für Menschen mit Hörbehinderungen beschäftigt: Es wird zwar ein schriftliches Beschlussprotokoll geben, die einzelnen Voten sind aber nicht mehr schriftlich verfügbar. Sollte es Meldungen aus der Bevölkerung geben, die aus erwähnten Gründen dem Ratsbetrieb nicht mehr folgen können, wird die Fraktion SP sich dafür einsetzen, dass für diese Möglichkeiten gesucht werden, um dies zu beheben, zum Beispiel durch die Einführung der Transkription. Aus den obengenannten Gründen ist die SP Fraktion für die Annahme der Audioprotokollierung.

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass die Fraktion Grüne auch lange über diesen Antrag diskutiert hat und es ihnen auch wichtig ist, dass das Parlamentssekretariat entlastet wird. Der heutige Arbeitsaufwand ist einfach zu gross. Die Fraktion Grüne sieht zwei Probleme bei der Audioprotokollierung. Erstens ist es viel mühsamer zu durchsuchen, eine Wortsuche ist nicht möglich und zweitens geht es der Fraktion Grüne um die Minderheiten, also um hochgradig schwerhörige Personen, gehörlose Menschen und auch Personen, welche dem Schweizerdeutsch nicht mächtig sind. Es geht um alle Personen, die in Schlieren leben und stimmberechtigt sind. Es ist der Fraktion Grüne aber auch wichtig, dass das Parlamentssekretariat entlastet wird. Aus dieser Sicht wäre natürlich auch eine schriftliche Protokollierung mit einer automatischen Transkription eine denkbare Möglichkeit. Damit würde sich die Arbeit zur Erstellung eines schriftlichen Protokolls stark reduzieren und die Kosten für eine solche Lösung würden sich in Grenzen halten. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion Grüne das Audioprotokoll mehrheitlich ab. Die Fraktion Grüne haben die Stimmfreigabe beschlossen.

Parlamentspräsident Marc Folini fragt, ob es weitere Wortmeldungen oder Anträge gibt, bevor mit der Detailberatung fortgefahren wird. Da dies nicht der Fall ist, wird nun der vorgängig eingereichte Antrag behandelt.

Änderungsantrag von Manuel Kampus (Grüne)

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass beim Audioprotokoll die Voten aus dem Parlament nur noch auf Schweizerdeutsch vorhanden sind. Das aktuelle Protokoll wird auf Hochdeutsch verfasst. So kann dies auch von Personen gelesen werden, welche kein Schweizerdeutsch verstehen. Bei einer Einführung des Audioprotokolls sollen alle Hochdeutsch sprechen, damit auch hochqualifizierte Leute, die Schweizerdeutsch weniger gut verstehen oder aus Deutschland kommen, das Protokoll verfolgen können. Manuel Kampus denkt, dass sich die Parlamentsmitglieder auf Hochdeutsch genauso gut ausdrücken können wie auf Schweizerdeutsch und spontane Voten immer noch möglich sind. Es bittet die Anwesenden den Antrag zu unterstützen.

Parlamentspräsident Marc Folini führt aus, dass das Büro GP keine geschlossene Meinung zum Änderungsantrag hat und man sich zu diesem Thema nicht im Voraus getroffen hat.

Olivia Boccali (DM) erklärt, dass sie gegen den Änderungsantrag ist. Sie ist der Ansicht, dass in einem ersten Schritt davon ausgegangen werden darf, dass ein Protokoll auf Schweizerdeutsch genügend verständlich ist und Hochdeutsch eine zusätzliche Hemmschwelle darstellen würde. Zumindest am Anfang soll dieser zusätzliche Schritt vermieden werden. Das Erfordernis Hochdeutsch kann ihrer meiner Meinung nach später immer noch eingeführt werden, das eine schliesst das andere nicht aus. Sie ist der Ansicht, dass dieses Projekt Schritt für Schritt umgesetzt werden sollte, damit sich die Parlamentsmitglieder an die neue Protokollierung gewöhnen können.

Walter Jucker (SP) erklärt, dass es für ihn persönlich nicht sehr wichtig ist, ob Schweizerdeutsch oder Schriftsprache gesprochen wird und er sich mit beiden Varianten sehr gut abfinden kann. Für alle Kandidierenden, die auf der Liste für den Kantonsrat nach mehr streben, empfiehlt sich aber, für Hochdeutsch als Standardsprache zu stimmen. Im Kantonsrat muss dann nämlich auf Hochdeutsch gesprochen werden.

Denise Küng (DM) führt aus, dass sie sich dem Votum von Olivia Boccali anschliessen möchte. Auch aus ihrer Sicht ist Hochdeutsch nochmal eine zusätzliche Hemmschwelle, die sie lieber vermeiden möchte. Die Überwindung, an das Rednerpult zu stehen, wäre damit für sie und wahrscheinlich auch für andere noch etwas höher. Es ist keine gute Idee, den Parlamentsmitgliedern mit Hochdeutsch Steine in den Weg zu legen. Denise Küng würde gerne zuerst Erfahrungen mit dem Audioprotokoll sammeln und allenfalls später weitere Schritte in Betracht ziehen.

Thomas Grädel (SVP) erklärt, dass für ihn die Worte von Manuel Kampus bei der Erklärung seines Vorstosses nicht ganz klar sind. Ist jetzt bei spontanen Wortmeldung Dialekt erlaubt? Gemäss seinem Antrag ist dies nicht der Fall. Ist die Wortmeldung wirklich Hochdeutsch? Es muss dann auch Hochdeutsch bleiben, sonst ist es ja nicht gültig.

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass es nicht so schwer sein sollte, auch bei einem spontanen Votum Hochdeutsch zu sprechen. In der Schule wird auch Hochdeutsch gesprochen, deshalb sollte es auch in jedem Parlament möglich sein.

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass er erfreut zur Kenntnis nimmt, dass sich auch Manuel Kampus neuerdings für die gut qualifizierten, fremdsprachigen Leute in Schlieren interessiert, welche viel Steuern zahlen. Meistens sei das ja nicht gerade seine Wahlklientel, aber man nehme es mit Freude zur Kenntnis. Weiter ist es so, dass Dominic Schläpfer nicht seiner Meinung ist. Er glaubt, von Leuten, die in Schlieren tätig und wohnhaft sind, darf erwartet werden, dass sie der Mundart folgen können. Weiter ist es so, dass Dominic Schläpfer als Lehrperson in der Schule angehalten ist, Hochdeutsch zu reden. Das sollte ihn eigentlich dazu veranlassen, dem Antrag zu folgen. Er ist aber anderer Meinung und stellt in dieser Hinsicht den Berufsmann zurück. Er glaubt, es ist wichtig, dass Leute aus Schlieren, welche dem politischen Betrieb folgen und sich darauf einlassen wollen, den Voten folgen können. Dominic Schläpfer geht es wie Denise Küng, indem er glaubt, dass ursprünglich das Parlament, worin auch das Wort "Parlare" steckt, eben in einem Kulturraum erfunden wurde, wo die Leute darauf angewiesen waren, dass Voten spontan und emotional hervorgebracht werden konnten. So hat er es zumindest in seinem Geschichtsunterricht erlebt. Aus der heutigen Kantonsratsdebatte nimmt er zur Kenntnis, dass Leute zwar Ambitionen haben, aber die Voten doch relativ trocken daherkommen. Es lässt sich nämlich beobachten, dass die Allermeisten irgendeinen Text vom Laptop oder vom Papier ablesen. Ob das im Sinn des Erfinders ist, weiss Dominic Schläpfer nicht und wird deshalb dagegen stimmen.

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung über den Änderungsantrag.

Abstimmung über den Änderungsantrag von Manuel Kampus zu § 57 der Geschäftsordnung GP, dass im Rat neu Hochdeutsch und nicht mehr nur Deutsch gesprochen werden soll.

Der Änderungsantrag von Manuel Kampus wird mit 11 Ja-, zu 23 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und geht über zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Antrag des Büros des Gemeindeparlaments auf Teilrevision und Einführung der Audioprotokollierung zustimmen kann, ist aufgefordert, dies mit Handerheben zu bezeugen.

Das Gemeindeparlament beschliesst mit 23 Ja-, zu 9 Nein-Stimmen, mit 3 Enthaltungen:

1. Die Teilrevision der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments (SKR Nr. 2.20) wird genehmigt und somit der Einführung einer Audioprotokollierung an Gemeindeparlamentssitzungen zugestimmt.

2. Das Büro des Gemeindeparlaments entscheidet über den Zeitpunkt des Inkrafttretens.
3. Mitteilung an
 - Gemeindeparlament
 - Stadtrat
 - Abteilungsleiter Finanzen und Liegenschaften
 - Archiv

Parlamentsmitglied Dominic Schläpfer (FDP) reichte am 24. Oktober 2022 eine Interpellation betreffend "Schlieren, alles fliesst" ein.

Begründung

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass er sich bei den Mitunterzeichnenden der Interpellation bedanken möchte. Von der Limmattalbahn (LTB) sind alle betroffen. Wie sich viele noch erinnern werden, wurde die LTB bei der ersten Abstimmung in Schlieren abgelehnt. Nicht von Dominic Schläpfer, damit die Interessenbindungen klar offengelegt sind. Bei den flankierenden Massnahmen zur LTB findet man bis heute, auch auf der Homepage der LTB, die Formulierung: Parallel mit dem Bau der LTB wird auch die Verkehrsführung für den Autoverkehr verbessert. Der Durchgangsverkehr wird von der Achse Badener- und Zürcherstrasse durch Zürich Altstetten, Schlieren und Dietikon auf die nördlich gelegene, übergeordnete Achse über die Bern- und Überlandstrasse abgewickelt. Mit der Inbetriebnahme der LTB werden so die Zentren des Limmattals in Ostwestrichtung entlastet.

Die drei Schlierer Kantonsräte haben in Vertretung von ihrer Stimmbevölkerung nachgefragt, ob es eine gutachterliche Aktualisierung der Verkehrsprognose gäbe. Wie es um die damals 15 Einsprachen steht und wann die Abarbeitung erfolgen würde. Dann hat man sich im Kantonsrat erkundigt, ob es eine Reihenfolge zwischen der Gasometer- und der Engstringerkreuzung. Falls schon ein Zeitplan bekannt ist, ob dieser detailliert eingesehen werden könnte und welche Unterstützung der Kanton Zürich der Stadt Schlieren bis zur Realisierung von diesen Bauprojekten anbieten würde. Alle Mitglieder des Parlaments wissen, dass bis jetzt gar nichts passiert ist und es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass es sich um ein komplexe Verfahren handle und es Einsprachen gebe und so weiter und so fort. Zwischenzeitlich ist dann der zuständige Regierungsrat Martin Neukom in Schlieren aufgetaucht, aber nicht um sich den Verkehrsfluss anzuschauen, sondern um sein Projekt "Lebendige Limmat" vorzustellen. Das Projekt sieht auf den ersten Blick aus, wie ein grünes Projekt aussehen muss, mit einem schönen, farbigen Prospekt, den alle in ihrem Briefkasten hatten. Es erstaunt, dass im Gegensatz zu den Strassenprojekten darin eine sehr detaillierte Planung bezüglich der Projektrealisierung aufgeführt wird. Das Projekt führt zu grossen Verwerfungen in den Schrebergartenarealen Betschenrohr und Rohr. Obwohl dies nicht Teil der Interpellation ist, erlaubt sich Dominic Schläpfer aber trotzdem, etwas dazu zu sagen. Mit der Verbreiterung der Limmat wird die Grundwasserfassung ins Rohr hinüber verlegt werden müssen. Es ist also nicht einfach so, dass dort ein paar Schrebergärten verschwinden, sondern dass es da Einschnitt geben wird, was das eigentliche Gärtnern anbelangt. Dominic Schläpfer hat den Eindruck, dass es dem Regierungsrat Martin Neukom wichtiger ist, dass die Limmat fliesst, als der Verkehr nach Schlieren, durch Schlieren und von Schlieren weg. Der Kanton verfolgt dabei ein Bewilligungsverfahren, das laut Prospekt 2024/2025 umgesetzt werden soll. Nachdem er sich weder durch den Kanton noch durch den Stadtrat gehört fühlte, habe er sich auf der Homepage der LTB informiert. Dort kommt man über einen Link zum zuständigen Projektleiter der Baudirektion. Dominic Schläpfer hat ihn gefragt, wie der aktuelle Fortschritt bezüglich diesen beiden Projekten sei. Der Projektleiter der Baudirektion spricht beim Knoten Bern-, Gasometerstrasse (optimistisch) von einem Baubeginn frühestens im Frühling 2025. Auf der Achse Bernstrasse ist zudem eine Petition Tempo 30 mit aktuell 29 Unterzeichnenden offen. Beim Knoten Bern-, Engstringerstrasse hat die Stadt Ende Juni 2022 ihre Einsprache zurückgezogen. Da spricht der Kanton von einem Baubeginn Ende 2025, wenn keine weiteren Rechtsmittel ergriffen werden. Das ist wurde interessanterweise geändert. Bis am 16. November 2022 wurde auf der Homepage des Tiefbauamts von einem Start der Bauarbeiten im Februar 2022 ausgegangen, dieser wurde aber wie erwähnt, mittlerweile auf Ende 2025 korrigiert. Mit Rechtsmittel verzögert sich das Projekt noch einmal um mindestens 3 Jahre. Falls beide Projekt den gleichen Zeitverlauf haben, ist die Priorisierung noch offen. Das bringt mich zurück zum Inhalt der Interpellation. Es geht grundsätzlich darum, ob der Stadtrat bereit ist, in dem Zusammenhang als Pfand das Projekt "Lebendige Limmat" einzusetzen und im Gegenzug eine vertragliche Festsetzung der seit Jahren versprochenen Projekte einzufordern. Die Verzögerung hat 2015 mit der LTB begonnen und seither ist nichts pas-

siert. Ein herzliches Dankeschön an die drei Kantonsräte, die hier wirklich ihres Amtes gewaltet haben und Parteiübergreifend versucht haben, für Schlieren Verantwortung zu übernehmen. Insbesondere Manuel Campus, der im Rahmen der Kantonsratsdebatte um Strassenbauprogramme nochmals darauf hingewiesen hat, dass die Bevölkerung von Schlieren sehr unter ihren Verkehrsbelastungen leidet. Dominic Schläpfer hofft, dass das Thema ein Teil von der öffentlichen Debatte bleibt, weil es Schlieren wirklich stark beschäftigt.

Abstimmung über Verlängerung der Sitzung

Parlamentspräsident Marc Folini macht darauf aufmerksam, dass die offizielle Sitzungsdauer von 2 Stunden um 20:00 Uhr fast erreicht ist. Er stellt den Antrag, die Sitzung nach der Behandlung der Interpellation, Traktandum Nr. 6, zu schliessen. Es folgt ein Gegenantrag, alle Traktanden bis zum Schluss zu behandeln. Die drei gleichgestellten Anträge werden einander gegenübergestellt. In der ersten Runde scheidet der Antrag mit den wenigsten Stimmen aus. In der zweiten Runde wird der Antrag mit den meisten Stimmen umgesetzt.

Abstimmungsrunde 1

Sitzungsabschluss ordnungsgemässe um 20:00 Uhr	0 Stimmen
Sitzungsabschluss nach Behandlung Interpellation, Traktandum 6	5 Stimmen
Sitzungsabschluss nach Behandlung aller Traktanden	30 Stimmen

Abstimmungsrunde 2

Sitzungsabschluss nach Behandlung Interpellation, Traktandum 6	5 Stimmen
Sitzungsabschluss nach Behandlung aller Traktanden	30 Stimmen

Parlamentspräsident Marc Folini dankt für die Geduld und zeigt an, dass die Sitzung bis und mit Traktandum 7 durchgeführt wird. Die Sitzung an Traktandum 6 wird mit der Beantwortung von Stadtrat Stefano Kunz weitergeführt.

Beantwortung durch den Ressortvorsteher Bau und Planung

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass er sich versucht in seinem Votum kurz zu fassen, damit die Sitzung nicht allzu lange geht. Aufgrund der vielen angeschnittenen Themen von Dominic Schläpfer, möchte sich Stefano Kunz erlauben, zwei Vorbemerkungen zu machen. Erstens wurde gesagt, dass bei der Engstringerstrasse nichts passiert ist. Das stimmt nicht, die Stadt konnte nach intensiven Diskussionen beim Kanton eine Einigung erreichen und dabei wurde alles herausgeholt was Mögliche war. Weiter ist der Rückzug der Einsprache erfolgt und aktuell ist der Abteilungsleiter Bau und Planung intensiv dabei, den Kanton bei der Abarbeitung der noch bestehenden Einsprachen zu unterstützen. Wir versuchen das Verfahren so gut als möglich zu beschleunigen. Tatsächlich ist es so, wenn Einsprachen weitergezogen werden, führt dies zu Verzögerungen. Zweitens ist das Projekt, welches mit der Engstringerkreuzung verknüpft wird, primär ein Hochwasserschutzprojekt. Das scheint eine wichtige Ergänzung zu sein. Es handelt sich dabei nicht einfach nur um einen grünen Floh des aktuellen Baudirektors, sondern wurde ausgelöst durch nationale Bestimmungen bezüglich dem Hochwasserschutz. Der Stadtrat ist davon überzeugt, dass dieses Projekt für Schlieren und das ganze Limmattal eine grosse Chance bietet.

Eine weitere kleine Vorbemerkung möchte Stefano Kunz betreffen die Beantwortung der Interpellation abgeben. Mit dieser zweiten Interpellation zum Thema Engstringerkreuzung zeigt Dominic Schläpfer, wie sehr ihn die Situation am Stadtplatz ärgert und dass er gewillt ist, alles Erdenkliche zu unternehmen, um die unbefriedigende Situation zu beenden. Stefano Kunz nimmt an, dass dies auch der Grund ist, warum weitere Parlamentsmitglieder diese zweite Interpellation und mitunterzeichnet haben. Der Stadtrat weiss das Engagement zu schätzen, weil es ein ehrliches Zeichen an den Kanton ist, welches die Unzufriedenheit mit dieser Situation ausdrückt. Stefano Kunz erklärt, dass die Verknüpfung von zwei so unterschiedlichen Themen nicht oder nur schlecht möglich ist, ohne viel Geschirr zu zerschlagen und sich auf vertraglicher Ebene nicht lösen lässt, so wie Dominic Schläpfer dies vorschlägt. Für den Stadtrat stellte sich die Frage, was genau mit dieser Interpellation bezweckt

werden soll und das wurde nun nachvollziehbar dargelegt. Der Kanton wird registrieren, dass unser Ärger über die Verkehrssituation im Zentrum gross ist. Mit der zweiten Interpellation wurde nun wiederholt darauf hingewiesen und Stefano Kunz bittet Dominic Schläpfer, es dabei bewenden zu lassen. Es besteht sonst die Gefahr, dass die Sympathie über das Engagement der Stadt in ein Kopfschütteln umschlägt. Vor allem besteht die Gefahr, dass der Kanton damit beginnt, auf Durchzug zu schalten. Somit wäre mehr verloren als gewonnen. Gründe dafür sind, dass der Kanton, ob es Schlieren gefällt oder nicht, letztendlich am längeren Hebel sitzt. Schlieren muss lernen, damit umzugehen. Die Stadt ist darauf angewiesen sind, dass der Kanton offene Ohren für unsere Anliegen hat. Die Vorschläge aus der Interpellation würden wohl zu einem Streit und einem offenen Schlagabtausch führen, wobei beide Seiten nur verlieren. Nach diesen Vorbemerkungen beantwortet Stefano Kunz nun die Fragen, nachdem er diese noch einmal vorgelesen hat.

1. Ist der Stadtrat bereit dafür zu sorgen, dass die Ausführung des kantonalen Projekts "Lebendige Limmat" vertraglich an die verbindliche Fertigstellung der flankierenden Massnahmen zur Limmattalbahn (insbesondere Engstringer- und Gasometerkreuzung) geknüpft wird und hierzu entsprechend Verträge mit dem zuständigen kantonalen Bauamt auszuhandeln bzw. abzuschliessen?

Die Antwort des Stadtrats lautet nein.

2. Ist der Stadtrat gewillt, stellvertretend für seine Schlieremer Bevölkerung, dabei folgende Verhandlungspositionen einzunehmen: Der vertraglich noch festzulegende Baubeginn der oben genannten flankierenden Strassenprojekte zur LTB hat vor demjenigen der Renaturierung der Limmat auf Schlieremer Boden zu erfolgen?

Die Antwort des Stadtrats ist hier ein wenig differenziert. Erstens wird er sich für die Schlieremer Bevölkerung mit allen Mitteln einsetzen. So wie die Frage gestellt wird ist die Antwort aber nein.

3. Ist der Stadtrat bei einem allenfalls erfolglosen Abschluss der Verhandlungen bereit, seine Mitwirkung am Projekt "Lebendige Limmat" im Rahmen des ihm gesetzlich Möglichen zu sistieren bzw. dem zuständigen Regierungsrat mitzuteilen, dass eine Abtretung von Schlieremer Land künftig auf dem Rechtsweg zu erstreiten wäre?

Die Antwort des Stadtrats lautet nein.

Stefano Kunz hat bei der Beantwortung der ersten Interpellation und während der Fragestunde detailliert dargelegt, was der Stadtrat tun wird bzw. inzwischen getan hat. An diesem Engagement wird sich nichts ändern. Als direkte Reaktion auf die erste Beantwortung reichten die Kantonsräte Markus Bärtschiger, Pierre Dalcher und Manuel Kampus eine Anfrage ein. Die Reaktion des Kantons war heftig. Der Stadtrat ist gespannt, wie die Beantwortung ausfällt. Der Stadtrat ist auf ein gutes Verhältnis zum Kanton angewiesen. Aus diesem Grund ist der Stadtrat der Ansicht, dass für ihn ein erstes Ziel erreicht wurde. Interventionen und Reaktionen aus dem Parlament sind beim Kanton angekommen. Der Druck soll weiterhin aufrechterhalten werden, aber wenn es mit Brechstange weitergehen soll, dann wird dies die Arbeit des Stadtrats mehr und mehr erschweren. Diese Arbeit findet, oft in der stillen Kammer statt. Deshalb ist der Stadtrat sehr dankbar, wenn mit dem Engagement des Parlaments darauf Rücksicht genommen werden könnte.

Parlamentspräsident Marc Folini weist darauf hin, dass gemäss § 95 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments bei der Interpellation jede Beschlussfassung oder Abstimmung über die mit der Interpellation aufgeworfene Frage ausgeschlossen ist. Die Diskussion steht demnach nun offen, aber es gibt keine Möglichkeit für Anträge oder weitere politischen Instrumente. Ebenfalls weist er transparenzhalber darauf hin, dass die Interpellation ganz klar auf den dreimonatigen Zeitraum beschränkt. Der Parlamentspräsident bittet die Parlaments-Mitglieder bei der Diskussion sich an diese Vorgaben zu halten.

Diskussion

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass ihn die Interpellation etwas erstaunt hat. Das vorgestellte Projekt "Lebendige Limmat" ist ein Vorprojekt, das Hauptprojekt wird erst noch erstellt und Baubeginn ist 2027. Martin Neukom ist fließendes Wasser nicht wichtiger als fließender Verkehr. Beides ist ihm wichtig. Auch ein guter Hochwasserschutz ist wichtig, denn bei einem Hochwasser wäre die ganze Engstringerkreuzung überflutet und der Verkehr fließt überhaupt nicht mehr. Es können nicht Äpfel mit Birnen verglichen oder gekreuzt werden. Hinzu kommt, dass bis zur Hälfte der Legislaturperiode die Volkswirtschaftsdirektion für dieses Projekt zuständig war und erst mit dem Wechsel kam Martin Neukom in die Verantwortung. Zuvor war diese Aufgabe in den Händen der FDP.

Markus Weiersmüller (FDP) ist enttäuscht, wie der Stadtrat den Wind aus dem Segel nimmt. Der Schlieremer Bevölkerung wurde im Zusammenhang mit der Limmattalbahn viel versprochen. Es wurde gesagt, dass die Limmattalbahn an das Strassenprojekt gebunden ist. Markus Weiersmüller ist schockiert und enttäuscht, dass der frühestmögliche Baubeginn Ende 2025 ist und eine Fertigstellung vielleicht Ende 2026, Anfang 2027 erwartet werden kann. Aus rechtlichen Gründen kann es zudem Verzögerungen geben, welche dieses Projekt um bis zu weiteren drei Jahren verlängern würden. Eine Fertigstellung also am Ende dieses Jahrzehnts, was nicht mehr tragbar ist. Die Bahn ist fertig und wird nun in ein paar Wochen in Betrieb genommen und erst sieben oder acht Jahre später soll dann die Umfahrung möglicherweise fertig sein. Vielleicht, vielleicht aber auch nicht, niemand weiss es so genau. Markus Weiersmüller hat an dieser Stelle vor ein paar Monaten schon einmal gesagt, er würde sich wünschen, dass die Exekutive beim Kanton auch mal auf den Tisch Haut. Er hat dann aus der Zeitung gelesen, der Stadtrat hat das verstanden und wird auf den Tisch hauen, leider ist das noch nicht sicht- und hörbar. Er würde es gerne bis nach Schlieren hinunter hören. Was Markus Weiersmüller stört ist, dass die Exekutiven von wesentlich kleineren Gemeinden, z. B. Weiningen, es fertigbringen, bei übergeordneten Gremien, in diesem Fall beim Bund, dass eine Autobahn Ein- und Ausfahrt um 100 Meter verschoben wird. Der Stadtrat von Schlieren bringt es nicht einmal fertig, dass das Perrondach vom Bahnhof von der SBB um 100 Meter verlängert wird. Jetzt kommt der Kanton mit einem neuen Projekt. Diese Renaturierung kann man gut oder schlecht finden. Vielleicht würde ein kleinerer Rahmen genügen dann müssten weniger Schrebergärten geopfert werden. Markus Weiersmüller ist enttäuscht, versteht aber Stadtrat Stefano Kunz, dass er Druck herausnehmen möchte und den guten Draht zum Kanton nicht aufs Spiel setzen. Bei Verhandlungen muss aber manchmal auch Klartext gesprochen werden. Es muss klargemacht werden, dass es in Schlieren ganz schlecht ankommt, wenn man Sachen versprochen werden, die effektiv in frühestens sieben, acht oder neun Jahren umgesetzt werden. Allzu oft passiert es in der Politik, dass nach sieben, acht Jahren den Leuten Lust vergangen ist und man sich nicht mehr an die Versprechen erinnert und dann einfach nichts mehr macht, das wäre der absolute "Supergau" Der Stadtrat wird gebeten, beim Kanton anzuregen, den Projektleiter des Kantons und Regierungsrat Martin Neukom an ein nächstes Feierabendgespräch einzuladen. So könnten offenen Fragen vor Ort geklärt und auf die Versäumnisse aufmerksam gemacht werden.

Sarah Impusino (DM) stimmt mit Manuel Kampus überein, dass hier Äpfel mit Birnen verglichen werden. Es handelt sich um zwei verschiedene Projekte. Vielleicht bewirkt diese Diskussion genau das Gegenteil beim Kanton und zwar Unmut und Widerstand. Sarah Impusino denkt nicht, dass es schneller gehen wird, wenn weiterhin gemeckert wird. Der Kanton hat wohl nach dieser zweiten Interpellation verstanden, welche Unzufriedenheit herrscht.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass er nicht darauf verzichten kann, Markus Weiersmüller eine Replik zu geben. Wenn man beim Kanton mit dem Kopf durch die Wand will wird folgendes passieren: Der Kanton wird bei jedem Gespräch auf Durchzug schalten. Die Motivation von Stadtrat Stefano Kunz ist extrem hoch, etwas zu unternehmen, aber es muss realistisch sein. Man kann nicht jeden Tag beim Kanton vorstellig werden und sagen, er solle jetzt vorwärtsmachen. Abteilungsleiter Hans-Ueli Hohl versucht bei jeder Einsprache Hilfe anzubieten und auf das Gaspedal zu drücken. Nur hat er leider keine Entscheidungsbefugnis und das ist die Herausforderung vor der wir stehen. Es macht keinen Sinn in der Öffentlichkeit zu erzählen, welchen Widerständen man in gewissen Ämtern begegnet. Diese Arbeit muss intern stattfinden und das wird auch gemacht. Zudem ist die Autobahn kein gutes Beispiel und das Perrondach ein noch viel Schlechteres. Bei einer Sitzung mit der der

SBB wurde gesagt, dass mit der neuen Beleuchtung auch gleich das Perrondach verlängert werden könnte. Die SBB fand das eine gute Idee, die Stadt hätte einfach bezahlen müssen. Die SBB hatte dazu keine gesetzliche Verpflichtung und so konnte die Stadt keine weiteren Ansprüche geltend machen.

Thomas Grädel (SVP) erklärt, dass bereits in der 80er Jahren über damals bestehende Projekte zur Unterführung der Engstringerkreuzung gesprochen wurde. Diese Projekte wurden nicht mehr weiterverfolgt. Ein paar flankierende Massnahmen wurden umgesetzt, zuerst wurde das Lichtsignal mit Randsteinen saniert, damit man ein bisschen langsamer um die Kurve fährt, was nicht den gewünschten Effekt erzielte. Danach wurden die Randsteine wieder entfernt und gleichzeitig wurden mit dem Bau der Limmattalbahn immer mehr zusätzliche Massnahmen versprochen. Thomas Grädel ist der Meinung, dass die Diskussionen im kleinen Kämmerlein jetzt nicht mehr reichen. Er unterstützt den Vorschlag von Markus Weiersmüller, Regierungsrat Martin Neukom und seine Fachleute einzuladen. Die Gesprächsbereitschaft soll wahrgenommen werden, bevor wir die Option mit dem Kopf durch die Wand in Betracht ziehen.

Walter Jucker (SP) führt aus, dass Dominic Schläpfer nicht nur Sarah Impusino, sondern auch die Fraktion SP bei der letzten Interpellation öffentlich angegriffen hat, indem unterstellt wurde, dass keine Aussagen zum Thema gemacht wurden. Die Fraktion SP wird auch jetzt grundsätzlich nicht viel zu dieser Diskussion beitragen, da sie klar der Meinung ist, dass auch mit sehr gutem Willen kein Zusammenhang zwischen der Revitalisierung der Limmat und dem Umbau der Enstringerkreuzung zu erkennen ist. Zudem spricht sich die Fraktion SP klar gegen die nicht im strafrechtlichen Sinne gemeinte „Erpressung“ gemäss § 95 Ziff. 3 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments aus. Die Fraktion SP ist auch unglücklich darüber, dass der Umbau der Enstringerkreuzung nicht schneller umgesetzt wird. Sie anerkennt aber auch das demokratische Recht der Einsprache, welches leider viel Zeit in Anspruch nimmt.

Heidemarie Busch (SVP) fragt, ob sich der Kanton nicht an Gesetze und Rechte halten muss. Schlieren braucht doch keine Angst zu haben, der Kanton hat doch auch seine Vorschriften oder hält sich nur Schlieren daran und der Kanton nicht?

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass sich der Kanton selbstverständlich an die Gesetze halten muss. Bei einer guten Zusammenarbeit können Prozesse meistens in einem gewissen Rahmen beschleunigt werden. Die Gegenseite hat auch ein Interesse daran, dass Projekt beenden werden können. Wenn der Austausch schlecht ist, dann geht es nach Paragraph. Einsprachen sind ein schönes Beispiel dafür: Der zuständige Projektleiter nimmt sich der ersten Einsprache an und arbeitet diese gemäss seinen Vorgaben ab, was viel Zeit in Anspruch nimmt. Sobald diese einigermaßen erledigt wurde, nimmt er die zweite Einsprache uns so weiter und so fort, damit hält er sich an das Gesetz. Der Gestaltungsspielraum kann aber vergrössert werden, solange nicht mit dem Holzhammer darauf geschlagen wird. Das Engagement des Parlaments hilft dem Stadtrat und der Vorschlag, die verantwortlichen Personen einzuladen, wird gerne entgegengenommen und geprüft.

Dominic Schläpfer (FDP) führt zum Thema Einsprachen aus, dass diese nicht durchgehend unvorhersehbar sind. Bei der Limmattalbahn gab es mehr als 130 Einsprachen, zudem Landänderungen und so weiter. Der Stadtrat stellt solche Situationen dar, als könne man sich nicht dagegen wehren und diese Prozesse eine lange Bearbeitungsdauer in Anspruch nehmen. Das ist natürlich so, wenn der Kanton kein Interesse an der Engstringerkreuzung hat und nur die Kosten und den Aufwand sieht. Der Kanton hatte aber Interesse an der Limmattalbahn und wir zu dumm dort einen Nagel einzuschlagen bevor die erste Schiene gelegt wurde. Die ca. 137 Einsprachen bei der Limmattalbahn wurden rasch bearbeitet, weil ein gewisser Druck vorhanden war. Am Feierabendgespräch im JED wurde erwähnt, dass beim Stadtkreisel dazumal eine doppelte Linienführung angedacht wurde. Dieser Vorschlag wurde verworfen, solche Fehler passieren immer wieder. Das Beispiel von Weiningen zeigt, dass es mit dem Kopf durch die Wand funktioniert und alles andere führt zu nichts. Seit vier, fünf, sechs Jahren gibt es diese Hinterzimmerpolitik, mit viel Einsatz von Stadtrat Stefano Kunz und Abteilungsleiter Bau und Planung, Hans-Ueli Hohl. Dominic Schläpfer schätzte diese Arbeit und auch die des gesamten Stadtrats, aber sie ist nicht zielführend. Schlieren will vom Kanton, was mit der Limmattalbahn versprochen wurde, ohne sich hinter langatmigen Prozessen zu verstecken.

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen gewünscht sind. Somit ist die Interpellation beantwortet und abgeschlossen.

Am 28. September 2022 ist das folgende Postulat von Manuel Kampus eingegangen:

Kreislaufwirtschaft in Schlieren

"Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie darauf hingewirkt werden kann, dass der neue Verfassungsartikel 106a "Stoffkreisläufe" sobald als möglich in Schlieren umgesetzt wird. Insbesondere soll aufgezeigt werden, welches die Handlungsfelder in Schlieren sind und welche Massnahmen getroffen werden müssen.

Begründung

Die Zürcher Stimmbevölkerung hat am 25. September 2022 mit einem JA-Stimmenanteil von 89,3 % dem neuen Verfassungsartikel 106 a "Stoffkreisläufe" zugestimmt. Der Kanton Zürich und auch die Gemeinden stehen damit in der Verantwortung.

*Mehr als zwei Drittel der gesamten Abfälle im Kanton Zürich stammen aus Bautätigkeiten. Davon wird im Kanton Zürich, dank innovativen Unternehmer*innen aktuell bereits zwei Drittel recycelt und wieder verwendet. So kann beispielsweise aus Beton- und Mauerwerksabbruch Recyclingbeton hergestellt werden. Trotzdem werden noch immer sehr grosse Mengen an Bauabfällen direkt deponiert und nicht in den Kreislauf der Baustoffe zurückgeführt.*

Das Beispiel Foodwaste zeigt, dass die gesamte Wertschöpfungskette berücksichtigt werden muss. 30 % aller Lebensmittel in der Schweiz werden nicht konsumiert. Von diesen werden 28 % zuhause weggeworfen und 72 % werden entsorgt, noch bevor sie in den Verkauf gelangen. Hier fällt mit 17 % ein Grossteil im Handel und der Gastronomie an. Dort gibt es bereits Ansätze, Abfälle zu vermeiden: Läden, die Backwaren des Vortages günstiger verkaufen, Plattformen, die günstig am Ende des Tages Reste aus der Gastronomie vermitteln und öffentliche Kühlschränke, die mit Restposten bestückt werden.

15 Kilogramm pro Person an Elektroschrott retournierte die Schweizer Bevölkerung 2020 an die Verkaufsstellen. Dies entspricht einem Fernseher pro Jahr pro Person. Anderweitig entsorgte Geräte sind davon ausgenommen. Um den Abfallberg effektiv zu reduzieren, könnten niederschwellig und lokal in allen Gemeinden Ausleihbörsen gefördert werden. Denn viele besitzen neben den täglich genutzten Geräten auch solche, die selten zum Einsatz kommen (Schlagbohrmaschine oder Hochdruckreiniger). Insbesondere Bibliotheken und andere öffentliche Gebäude würden sich dazu eignen.

Deshalb muss sich die Stadt Schlieren Gedanken machen, wie sie diesen neuen Artikel umsetzen kann. Eine Kreislaufwirtschaft ist ein regeneratives System, in dem Ressourceneinsatz und Abfallproduktion, Emissionen und Energieverschwendung durch das Verlangsamen, Verringern und Schliessen von Energie- und Materialkreisläufen minimiert werden; dies kann durch langlebige Konstruktion, Instandhaltung, Reparatur, Wiederverwendung und Recycling erzielt werden."

Begründung

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass der Gegenvorschlag zur Kreislaufwirtschaft von allen Parteien im Kanton unterstützt wurde. Die Schlieremer Bevölkerung hat dem Gegenvorschlag mit 88.17 % zugestimmt. Mit diesem Postulat soll sich der Stadtrat Gedanken machen, wie der neue Verfassungsartikel in Schlieren umgesetzt werden könnte, zum Beispiel mit einem Abfallkonzept für Veranstaltungen. Die Kreislaufwirtschaft beinhaltet mehr als nur das Trennen von Abfall. Es braucht einen ganzheitlichen Ansatz, worin Besorgung und Wertschöpfung erfasst werden. Es muss in allen Bereichen ein Stoffkreislauf angestrebt werden, von der Produktion bis zur Entsorgung. Es liegt an uns, dass in Zukunft nicht mehr so viele Ressourcen verschwendet werden. Beim Abbrechen von Häusern werden heute schon 80 Prozent der mineralischen Anteile wiederverwertet. Trotzdem muss

jährlich rund eine Million Tonnen Material vom Kanton auf Deponien abgelagert werden. Das sind verlorene Ressourcen, mit denen in Zukunft viel schonender umgegangen werden muss. Dieses Postulat soll ein Beitrag dazu leisten. Manuel Kampus dankt dem Stadtrat für die Entgegennahme des Postulats hofft auf die Überweisung durch das Parlament

Stellungnahme des Stadtpräsidenten

Stadtpräsident Markus Bärtschiger wünscht das Wort nicht.

Diskussion

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine Wortmeldungen gewünscht sind.

Das Gemeindeparlament beschliesst gemäss § 69 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments:

1. Das Postulat von Manuel Kampus betreffend "Kreislaufwirtschaft in Schlieren" wird an den Stadtrat überwiesen.
2. Mitteilung an
 - Geschäftsleiter
 - Bereichsleiterin Gesellschaft
 - Abteilungsleiter Werke, Versorgung und Anlagen
 - Archiv

Gemeindeparlament

Präsident

Sekretärin

Stimmzählende